

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137.

Montag, den 16. Juni 1919.

26. Jahrg.

## Wissells Forderung auf dem Parteitag.

Soweit man sich bis heute über den Parteitag in Weimar orientieren konnte, wird zugegeben werden müssen, daß sich die Debatte im allgemeinen auf einer Höhe befindet, die den Vertretern der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft alle Ehre macht. Leidenschaftlich und doch mit voller Schärfe wird im Weimarer Nationaltheater über Erfolg und Mißerfolg unserer Politik, über Fehler und Schwächen unserer Organisation geurteilt. Im sachlichen Ton werden Wege gesucht und geebnet, auf denen mit gutem Gewissen weitergemauert werden soll, um die Kettenglieder vollends abzustreifen, die uns noch aus der Vormärzzeit anhaften. Politisch haben wir keine Bahn geschaffen. Hier bewahrt sich jedoch unser alter Lehrsatz, daß politische Macht nur dann ihren vollen Zweck erfüllt, wenn ihr die wirtschaftliche beigegeben ist.

Hier heißen sich die Interessen fest, hier gilt es zu handeln, hier muß sich entscheiden, ob Macht vor Recht geht, oder, in zeitgemäßer Uebersetzung ausgedrückt, ob Gemeinwohl oder Eigennutz künftighin das Leitmotiv unseres Handelns sein soll. Wir Sozialdemokraten haben noch niemals eine andere Richtschnur gefannt. Das Wohlergehen aller, des Volkes, der Menschheit, ist das Ziel, das wir erstreben. Wir haben uns aber nie verhehlt, daß es leichter ist, Wünsche zu erheben, als sie zu erfüllen. Noch müssen wir die Menschen nehmen wie sie sind, nicht wie sie sein sollen. Daher müssen wir auf dem Boden der Tatsachen stehen und diese, wenn sie sich uns zu steifbeinig entgegenstellen, herzhafte anempfehlen. An dieser Wirklichkeitsecke steht der Privatkapitalismus. Er hat aus dem Weltgeschehen nichts gelernt. Im Gegenteil glaubt er, sich fester denn je als Bollwerk gegen den Zeitansturm festsetzen zu sollen. Es hilft hier keine Moralphredigt mehr, wir müssen zupacken, wollen wir nicht über den Haufen gerannt werden. Der Zug nach links geht aber nicht durch die hohle Phrase der Versprechungen, sondern gerade aus durch Arbeit und Handeln.

Als Genosse Wissell vor kurzem vor Industriellen in Berlin den Mahnruf in die Welt schrie: „Gibt es denn nicht einige hundert beherrschte Männer in Deutschland, die den Mut zur Gemeinwirtschaft besitzen“, da stieg uns der Gedanke auf, unser Genosse sei von einem Optimismus befallen, der ihm eine bittere Enttäuschung bringen müsse. Wären wir leichtgläubig, dann hätte uns die am Sonnabend gebrachte Notiz, daß der Reichsverband der deutschen Industrie sich den Plänen des Reichswirtschaftsamts zugänglich erweisen wollte, geschlagen. Dem ist aber nicht so. Denn schon die Sonntagsblätter kapitalistischer interessierter Kreise mühen diese Notiz nieder und erklären, die Meinung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gehe nur dahin, die dargelegten Pläne in Erwägung zu ziehen.

Das Ergebnis dieses Erwägens ist uns nicht zweifelhaft. Darauf brauchen wir nicht zu warten. Erwogen ist genug, es muß gehandelt werden.

Die Richtschnur des Handelns gab uns in einer groß angelegten Rede Genosse Wissell am Sonnabend. Er streifte seinen Ministertitel ab und sprach, was wir auch ohne diese Formlichkeit geglaubt hätten, als aufrichter Genosse, der sich seiner Lebensaufgabe und Verantwortung bewußt ist. Mögen Wissell auch einige Irrtümer unterlaufen sein, mag man auch über die Arbeiter der

Nationalversammlung abweichende Meinungen hegen wie über unsere bisherige Tätigkeit während der Revolution, im Großen gemessen machte unser bekannter Genosse doch Ausführungen von solch weittragenden Gesichtspunkten, daß sie im ganzen Reich Aufsehen erregen werden.

„Wir haben die Anforderungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht erfüllt, deshalb geht ein Teil der Parteigenossen nach links!“ so leitete Genosse Wissell seine Rede ein. Zweifellos werden die Unabhängigen diese Stelle ausnützen. Wenn sie aber sorgfältig berichten, dann müssen sie auch bekennen, was der Referent weiter unten ausgeführt, nämlich:

Die Berliner Masse wird nach links getrieben, nicht etwa, weil man dort die Formel gefunden hat, sondern, weil man dort die Massen plump umschmeißt und ihnen mit der Diktatur des Proletariats alle Nöte überwinden zu können vor-schwindelt. Aber die Unabhängigen können den Massen nicht die Erfüllung ihres Sehnsüchtes bringen, dieser Aufgabe sind sie geistig nicht gewachsen, denn sie haben niemals den Mut, dem Volke zu sagen, daß es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegen die Allgemeinheit habe.

Mit den Rechten und Pflichten des Volkes in seiner Gesamtheit ging Genosse Wissell zu Gericht. Er brandmarkte die kapitalistische Sippe, die sich aus dem Blute der Kriegsoffer zum Reichtum vollzog, und die heute noch in größter Volkessnot ihre Vampirkrallen ausstreckt, derweil das Volk selbst das eheliche Verlangen zeigt, über die unerträglichen Wirrsale in die Höhe zu streben. Die Partei oder die Männer, werden gesucht, die sich zur Rettung aufraffen. Der Geist sozialer Gerechtigkeit muß erwachen, und mit ihm muß der Geist verständiger Unterordnung unter das Ganze erstehen. Wenn es uns nicht gelingt, das heute mehr denn je im Reich auf das Materielle gerichtete Denken unseres Volkes zurückzudrängen und die sittlich-ideellen Kräfte zu heben, gehen wir schweren und bitteren Zeiten entgegen, sagte Genosse Wissell und machte gleichzeitig auf den Kulissenkampf aufmerksam, der die alte Privateigentumswirtschaft wieder vordringen will. Jetzt oder nie! lassen sich die bürgerlichen Kreise. Dem müssen wir vorbeugen, sagen eine vernünftige Planwirtschaft einführen, mit ihr die Voraussetzungen für die Sozialisierung schaffen. Heute die Sozialisierung im vollen Maße durchzuführen, würde die ganze Idee diskreditieren. Wenn wir schon den Kapitalismus vorläufig noch nicht ausmerzen können, dann müssen wir ihn wenigstens für uns dienbar machen. Allein zur Verzinsung der Schulden brauchen wir pro Kopf und Jahr 300 Mark, ungernechnet der Verhuldung an das Ausland. Da bleibt nichts anderes übrig, als gemeinwirtschaftliche Arbeit. Hierzu sind alle körperlich und geistig regen Kräfte nötig; sie müssen ihr Bestes geben zum Wohle des Ganzen. Dann wird es auch gelingen, aus dem Sumpf herauszukommen, vorausgesetzt, daß uns die Entente nicht einen dicken Strich durch die Rechnung macht. Notwendige Fingerzeige gab Genosse Wissell hierzu, auf dessen Rede wir besonders hinweisen. Unsere Papierknappheit — die im Gegenteil zu der bürgerlichen Presse besonders trüb ist, wir auch auf dem Parteitag hervorgehoben wurde — gestattet uns leider erst mrogen, den Vortrag Wissells abzuzeichnen.

wahn des alten Preudentums spukt in den Köpfen der Schlachtlichen, der polnischen Edelkute. Sie plänkeln trotz Waffenstillstand und Demarkationslinien fortlaufend, genießen die verstaubte Hilfe der Entente, wenigstens der Franzosen und sollen sich jetzt zu einem großen Vorstoß anschicken. Wie selbst sind machtlos und können, jetzt, wo wir gefesselt am Boden liegen, uns kaum erfolgreich wehren. Es wird nicht lange dauern und wir werden die Krallen des Tigers noch schmerzlicher fühlen. Daher halten wir die neueste Kundgebung des Reichskommisars im Osten, Genossen Winzig, der einen Volksabwehrkampf ankündigt, für sehr gewagt. Uns können heute keine Kanonen mehr retten. Wir müssen uns auf die Zeit verlassen, die das Recht wieder zur Geltung kommen lassen wird. In dem Ausruf, der von der bürgerlichen Presse natürlich mit Jubel aufgenommen wird, heißt es:

Die Bevölkerung soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen oder unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, den polnischen Einmarsch in den kritischen Gebieten des Ostens mit den Waffen in der Hand abzuwehren. Ganz gleich, ob dieser Einmarsch noch vor Abbruch der Friedensverhandlungen gewagt werden sollte, was nach einigen Fällen an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint, oder ob er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind, in jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit, der polnischen Besitzergreifung der Gebiete mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Sie legt dabei voraus, daß die über-wältigende Mehrheit des Volkes zu den Versicherungen steht, die in so vielen erhebenden Kundgebungen zum Ausdruck kamen. Gestützt auf den Willen der Bevölkerung, wird die Regierung das Höchste daransetzen, um das Deutschland des Ostens vor einer Polonisierung zu schützen.

Ich füge hinzu, auch wenn die Regierung infolge ihrer Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anderswollende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit sind, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Die Bevölkerung des

Ostens muß allerdings bereit sein, die Folgen einer solchen festen Haltung auf sich zu nehmen. Der Kampf um unsere Behauptung im Osten wird schwer sein, aber nicht aussichtslos, wenn die Bevölkerung die nationale Disziplin hält und unerschrocken das Rechte einsetzt. Wir werden die Waffen zum Widerstand ergreifen in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es unserem Volke und seiner Zukunft schuldig sind. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unseren Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch die Provinzen. Verliert uns das Schicksal selbst dies, so retten wir das Rechte und Höchste, das das Volk zu verteidigen hat, die deutsche Ehre!

## Aus der Nationalversammlung.

Neuteneinpfeinger — Planwirtschaft.

Die Mehrheitssozialisten haben folgende Interpellation eingebracht: Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not sowohl der Zivil- wie der Militäreinteneinpfeinger schnellstens abzuhelfen?

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei interpellieren, ob die Regierung wirklich gewillt sei, sich die Mängel des Reichswirtschaftsamts zu eigen zu machen.

## Politische Kundgebungen.

Deutschland.

Auswanderung der Großstädte durch die Landwirtschaft.

Der Milchpreis in Groß-Berlin ist auf 72 Pfg. im Großhandel und 80 Pfg. im Kleinhandel festgesetzt. Man hofft dadurch die Milchzahl vergrößern zu können. Der Magistrat Berlin fordert in einem dringenden Telegramm an Scheidemann sofortige Abstellung des Schleichhandels, den das ausländische Gefrierfleisch seines hohen Preises wegen nicht beiseitigen kann. Dieser Zustand sei für die Masse der großstädtischen Bevölkerung unhaltbar und der Magistrat fordert schärfste und härteste Maßnahmen, um die geleglich vorgeschriebene Milchlieferung von Vieh wieder in Gang zu setzen.

Wie Ledebour die Revolution veranschaulicht.

Zu den reizendsten Enthüllungen über die Führer der U. S. P., die auf dem Parteitag in Weimar gemacht wurden, gehört sicherlich die nachstehende Episode, die ein Redner aus den ersten Tagen der Revolution vortrug: Herr Ledebour, der den Kampf um die politische Macht als Parteivorgang führen möchte und eine Art geistigen Eigentumsrechts an der Revolution beansprucht, war am 8. November mit Dümmig und Barth in den Reichstag geflüchtet, weil er fürchtete, daß etwas eintreten würde und er verhaftet werden könnte. Dort hat Herr Ledebour in der Nacht vom 8. zum 9. November sanft geschlafen, und als am späten Vormittag nach dem Siege der Revolution Ebert, Scheidemann und andere Parteiführer der „Regierungssozialisten“ den Vorstand der Unabhängigen suchten, um mit ihm über die gemeinsame Regierungsbildung zu verhandeln, da mußten sie den guten Ledebour erst aus dem Schlafe wecken und ihm mitteilen, daß die Revolution vorbei sei.

Das hat den biederen Recken Ledebour natürlich nicht abgehalten, sich nachher an die Spitze der Leute zu setzen, die nach Kräften der neuen Regierung Knüttel zwischen die Beine warfen, weil sie selber gar zu gern Revolutionärsregierung gespielt hätten und sich nun ärgern mußten, den richtigen Moment verpaßt zu haben.

Finnland.

Kriegserklärung an Finnland. „Daily Telegraph“ meldet: Die finnische Regierung gibt bekannt, daß die russische Sowjetregierung den Krieg gegen Finnland erklärt habe. Die finnische Regierung erläßt einen Aufruf, in welchem auf die Gefahr hingewiesen wird, in der Finnland jähwache. Alle wehrfähigen Männer werden aufgeboten. Die Provinz Wiborg wurde in den Kriegszustand versetzt.

Frankreich.

Für Haftentlassung Caillaux'. Die französischen Sozialistenführer richteten namens der Arbeiterschaft eine Eingabe an die Regierung, in der sofortige Haftentlassung Caillaux' gefordert wird. Auch Briand, der frühere Ministerpräsident, hat sich an die Spitze einer Bewegung gestellt, welche die Haftentlassung Caillaux' erzielen will.

Der Streik nimmt an Ausdehnung zu. Wie die „Humanité“ berichtet, ist die Widerstandskraft der Ausständigen noch ebenso stark wie in den ersten Tagen. Sie seien entschlossen, unter allen Umständen durchzuhalten.

Italien.

Erbitterte Straßenkämpfe. Alle italienischen Blätter, der „Avanti“ und der „Popolo d'Italia“ stark zensiert, enthalten Schilderungen blutiger Straßenkämpfe. Die Streikruhen in Turin traten ganz unerwartet mit großer Heftigkeit auf. Die zur Verfügung stehenden Truppen, darunter auch Artillerie, traten sofort in Aktion, konnten jedoch die Ruhe nicht wiederherstellen. Die erbitterten Kämpfe dauern fort. Es wurden Flugblätter mit der Verherrlichung der Rosa Luxemburg verteilt. Ministerpräsident Orlando ist plötzlich nach Rom zurückgekehrt.

## Die Antwort der Entente

soll abermals um eine kurze Frist verzögert werden. Der Fünftertag ist sich noch nicht eintig geworden. Die Nachricht, daß die deutsche Abordnung eine Frist von 5 Tagen zur Beratung des Friedensvorschlages erhält, wird bestätigt. In dieser Zeit soll die deutsche Abordnung erklären, ob sie die Absicht habe, zu unterzeichnen oder nicht. Für den Fall, daß die Deutschen erklären, das Abkommen nicht unterzeichnen zu können, wird mitgeteilt werden, daß der Waffenstillstand aufgehoben und die Feindseligkeiten binnen drei Tagen wieder aufgenommen werden.

Ueber den voraussichtlichen Inhalt des neuen Vertrages wird so viel gesehelt, daß es Raumverschwendung wäre, es auch nur anzudeuten. Gut fällt der Vertrag für uns auch im günstigsten Fall nicht aus.

Mit Wilson ist man in Amerika ganz und gar nicht zufrieden. Die republikanische Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat durchgesetzt, daß der Senat die Aufnahme des Wilsonschen Völkerverbundes in den Friedensvertrag ablehnt; aber die demokratische Minderheit hat es durch parlamentarische Kniffe zuwege gebracht, daß diese Entschließung erst am Montag nachmittags gefaßt werden kann, also nachdem die Antwort an die deutsche Delegation ausgehändigt ist. Die Republikaner lassen sich dadurch aber nicht irre machen, sondern erklären, daß möglicherweise ein Sonderfriedensschluß zwischen Amerika und Deutschland die Folge der im Senat ausgefochtenen Kämpfe sein werde.

## Vor neuem Blutvergießen?

In Osten versucht das neu erstandene Polen mit aller Gewalt die hilflose Lage Deutschlands auszunutzen. Der Eroberer-



wegen der immer schwieriger werdenden inneren Lage. Die Arbeitseinstellungen erstrecken sich auf alle Arbeiter- und Beamtenkategorien, während gleichzeitig die Regierung alles Vertrauen und allen Einfluß auf die Nation verlor. Der Generalstreik in Genoa hat sich ausgedehnt und dauert fort. In Turin und Mailand brach ein allgemeiner Streik aus. Es kam, besonders in Turin, zu Unruhen und Schießereien mit vielen Verwundungen und Verhaftungen. Die Arbeiterkammer veröffentlichte einen Aufruf an alle Arbeiterklassen, sich zu entscheidenden Aktionen bereit zu halten.

**Ausbreitung des Streiks.** Die Streiklage verschärfte sich in Italien weiter. Der „Avanti“ schildert die Lage folgendermaßen: Agitationen, Streiks in fast ganz Italien. Sperren, Konflikte, Tote und Verwundete, das ist das Bild unseres Landes. Die Lebensmittel steigen so schwindelnder Höhe, Kohlen fehlen und die Arbeitsmöglichkeit schwindet. Das Elend wächst in Italien überall. Jede Berufsklasse befindet sich in jährlingster Gärung. Orlando sitzt in Paris, ihn kann nichts mehr retten. Das Schicksal wird seinen Lauf nehmen. Was jetzt geschieht, sind die ersten Stürme. Die Erbitterung des Volkes erreichte einen Grad, daß eine Katastrophe unvermeidlich ist.

### England.

**Die 44-Stunden-Woche.** In einer Konferenz von Arbeitern und Arbeitgebern des Baugewerbes wurde die Einführung der 44-Stunden-Woche mit Beibehaltung der jetzigen Löhne beschlossen.

Nach dem Amsterdamer Telegraf lehnt es die britische Arbeiterpartei ab, für die russische und ungarische Sowjetregierung in einen 24stündigen Generalstreik einzutreten. Sie nimmt wegen der kurzen Ankündigungsfrist an der Konferenz in Paris nicht teil und erinnert daran, daß ein Generalstreik in England ohne vorherige Zustimmung der angeschlossenen Gewerkschaften nicht möglich ist.

**Truppenaufmarsch.** „Daily Herald“ wird aus Dover gemeldet, daß das dritte Bataillon des Eliterregiments Black Watch, das nach Konstantinopel eingeschifft werden sollte, meuterte. Ein Teil der Leute drängte sich im letzten Augenblick vor der Abreise des Schiffes über den Landungssteig ans Ufer zurück. Die Unzufriedenen wurden in das Ruhelager bei Dover gebracht und aufgefordert, die Ursache ihrer Unzufriedenheit bekanntzugeben. Die Hälfte der Mannschaft des Bataillons war in Deutschland gefangen gewesen, einige von ihnen waren drei bis vier Mal verwundet. Die meisten Meuterer haben schweren Kriegsdienst hinter sich. Man erwartet nach diesem Vorfall, daß keiner von den früheren Kriegsgefangenen ins Ausland geschickt wird. Die britischen Truppen in Ägypten sind ebenfalls unruhig. Am 12. Juni hielten Vertreter der Soldaten in Kantarah eine Versammlung ab. Sie beschlossen zu streiken. Am Abend veranstalteten sie einen großen Umzug durch die Stadt und sprengten als Schlußeffekt ein großes Munitionslager in die Luft. Am nächsten Tage hielten die Truppen in Kairo eine Massenversammlung ab und verlangten, daß wenigstens die älteren Jahrgänge heimgeschickt werden sollten.

### China.

**Gärung in China.** In Schantung ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Alle Läden sind geschlossen. Die Studenten erheben ein Manifest gegen die Forderungen Japans. Unter den chinesischen Teil Schantung wurde der Belagerungszustand verhängt.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Fraktion der Unabhängigen in Straußweg hat beschlossen, das Kompromiß mit den Rechtssozialisten zu lösen. Der Austritt der unabhängigen Volkskommissare aus dem Kabinett soll erwogen werden.

Zur Linderung der Notlage der Armen in Deutschland hat der Papst dem Zentralausschuß der Binnenzvereine die Summe von 50000 Franken zur Verfügung gestellt.

Das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ ist aufgehoben.

## Die Reichsarbeitsstunde.

Vor einiger Zeit ging die Meldung durch die Presse, Dornburg beabsichtige eine „Reichsarbeitsstunde“ einzuführen. D. h. jeder Arbeitende soll pro Tag eine Ueberstunde leisten, von deren Erlös ihm eine Mark abgezogen und der Reichskasse zugewandt wird. Das ergibt, so errechnet man, auf 21 Millionen Menschen eine Jahreseinnahme von 7 Milliarden Mark. In Wirklichkeit kommt die Steuer darauf hinaus, daß 1. die Arbeiterkassen ihres Achtstündentages beraubt wird und 2. jeder, der nicht das Vergnügen hat, von Renten leben zu dürfen, als Strafe dafür, daß er ein armer Lump ist, noch jährlich mindestens 300 M. Extrasteuer zahlen darf! Daß maßgebende Regierungsmänner mit solchen Gedanken spielen, noch ehe die Vermögensabgabe durchgeführt ist, die Kriegsgewinne erzielt sind und den Großgläubigern, die ihr Kapital rechtzeitig ins Ausland gebracht haben, das Geld über die Ohren gejagt worden ist, kennzeichnet den Tiefstand des ökonomischen Denkens bei den bürgerlichen Reformpolitikern. Man konnte sich, schreibt der „Vorwärts“ zurechtfindend, damit zufrieden geben mit Rücksicht auf die Tatsache, daß ein Mensch das Recht, sich unsterblich zu blamieren, auch dann nicht verloren hat, wenn er Minister ist. Das Bedenkliche ist nur, daß man aus Furcht vor dem drohenden Zusammenbruch der Finanzen zu Mitteln greift, die die Immoral der Steuererhebung in alle Ewigkeit festlegen wollen. Wenn Dornburg ein aufrichtiger Mann wäre, so würde er einfach fordern: Jeder Arbeiter leistet eine Ueberstunde und zahlt außer den übrigen Steuern noch 300 M. Arbeitssteuer. Statt dessen versucht man unter Vorhubelei patriotischer Begriffe (Reichsarbeitsstunde) ein neues Ausbeutungssystem zu schaffen, das dem der indirekten Steuern in keiner Beziehung nachsteht. Wenn Dornburg so weiter arbeitet, dürfte er das Recht auf einen langfristigen Erholungsurlaub bald erwirkt haben!

## Generalversammlung der Zimmerer.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer fand in der Zeit vom 2. bis 7. Juni in Hamburg statt. Es waren 56 Delegierte, drei Vertreter des Vorstandes, je ein Vertreter der Redaktion des „Zimmerer“ und des Verbandsauschusses anwesend, außerdem hatte die holländische und die österreichische Organisation Vertreter entsandt. Der Geschäftsbericht fand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Die Debatte darüber war eine lebhafte; 1 1/2 Tage wurden darauf verwendet, es hieß dabei die Auffassungen über das, was in der letzten Geschäftsperiode hätte getan werden müssen, hart auseinander. Dem Vorstande wurde der Bescheid gemacht, daß er nicht im revolutionären Sinne gearbeitet, andere beschuldigten ihn, die Neutralität nicht genügend gewahrt zu haben. Die Kriegsschmerzen, die Durchbrechung des Status wurden zur Debatte. Der Vorstand hatte, wie das auch in anderen Gewerkschaften der Fall gewesen, die Sätze für die Arbeitslosenunterstützung gefürzt, dafür aber die Bezugszeit verlängert, so daß der Mitglieder kein finanzieller Schaden entstanden ist. Dagegen, daß der Vorstand an die Familien der Eingezogenen Unterstützung gesandt, damit auch das Elend...

wurden keine Einwendungen erhoben. Viele Redner beurteilten diese Fragen nicht im Sinne der Zeit, als jene Beschlüsse gefaßt wurden, sondern vom Gegenwartsstandpunkte. Die Politik der Generalkommission wurde auch einer scharfen Kritik unterzogen. Die Vorwürfe wurden von den Vertretern des Vorstandes widerlegt und der Redakteur des „Zimmerer“ legte dar, daß er das Blatt ganz im Sinne der Beschlüsse der Generalversammlungen redigiert habe.

Der Vertreter der Generalkommission Kube (Berlin) sagte, daß die Generalkommission gar keine Politik getrieben habe, was sie getan habe, sei, daß sie die Interessen der Arbeiter mit allem Nachdruck vertrete, sie sei auch nicht mit der Regierung durch die und dünn gegangen, sondern sie habe das, was geschaffen, erkämpfen müssen. Es kamen aber auch Stimmen zur Geltung, die mit den Handlungen der Zentralinstanzen einverstanden waren. Die Finanzlage des Verbandes ist gut. Das Verbandsvermögen ist trotz der Mindereinnahme und den Kriegsausgaben gestiegen. Gegen sieben Stimmen wurde der Vorstand entlastet. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Der Tarifvertrag“, wurde durch ein Referat des Verbandsvorsitzenden eingeleitet. Er gab einen Ueberblick über die Entwicklung des 1913 abgeschlossenen Reichstarifvertrages und besprach den neuen, den die Generalversammlung anerkennen soll. Wenn der alte Tarifvertrag eine Bindung aller Organe der Organisation darstellte, so lasse der neue Tarifvertrag den örtlichen Organisationen vollständig freie Hand. Keine Zahlstelle wird gezwungen, ihn anzuerkennen. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß jeder Tarifvertrag zu verwerfen sei, daß aber dieser neue Tarifvertrag den Ansichten der Mitglieder entspreche. Es wurden aber auch Stimmen laut, die wünschten, daß an zentraler Stelle wenigstens die Zuständigkeit für besondere Arbeiten festgelegt worden wären, denn örtlich sei es schwer, das durchzusetzen. Es wurde dem Abschluß des Reichstarifvertrages die Zustimmung gegeben. Die „Sozialisierung des Baugewerbes“ stand dann zur Beratung. Der Redakteur des „Zimmerer“ sprach hierzu, und es lassen sich seine Ausführungen dahin zusammenfassen: Ausgehend vom Erfurter Programm, wonach nur die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums und der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion es bewirken kann, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeutete Klasse aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfaht werde, fordert die Generalversammlung die baldige Inangriffnahme der Sozialisierung des Baugewerbes. Zur praktischen Durchführung der Sozialisierung und der gewerkschaftlichen Aufgaben erkennt die Generalversammlung die auf der Vorstandskonferenz am 25. April beschlossenen Richtlinien an. Eine Diskussion fand nicht statt.

Die „Beitragsleistung und die Unterstüßungseinrichtungen“ bildeten den nächsten Punkt der Tagesordnung. Beschlossen wird: Der Beitrag ist auf die Dauer von 52 Wochen zu erheben, und 12 Beitragskassen sind einzuführen. Der niedrigste Beitrag ist für die Hauptkategorie 70 M., und 20 M. für die Nebenkategorie, der höchste Beitrag 140 und 40 M. Arbeitslose und Kranke zahlen 40 bis 70 M. Wochenbeitrag. Die Arbeitslosenunterstützung wird zur Erwerbslosenunterstützung ausgebaut. Die Unterstüßungssätze richten sich nach der Höhe und Zahl der Beiträge und schwanken für Arbeitslose zwischen 80 und 350 M. den Tag, bei Krankheit zwischen 80 und 250 M. Die Bezugsdauer ist auf 8 bis 12 Wochen festgesetzt. Die Streikunterstützung wird vom ersten Tage ab gezahlt und beträgt für ein Mitglied, das über 5 Jahre dem Verbandsangehörte, 2,90 bis 6,20 M. den Tag. Sterbeunterstützung ist ebenfalls eingeführt. Sie beträgt 20 bis 100 Mark. Für die Jugendlichen ist eine besondere Beitrags- und Unterstüßungskasse gebildet. Die Vorlage hierzu war durch eine Kommission ausgearbeitet und während diese tagte, sprach der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission über Bauarbeiterzuschuß. Dann wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Generalversammlung spricht ihre Entrüstung über die Ausföhrung des Mordurteils an dem Revolutionär Levine aus. Gleichzeitig ihre Verurteilung der bayerischen Regierung Hoffmann wegen Nichtbegnadigung Levines und Aufhebung des Todesurteils.

Die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß lösen wieder eine lebhafte Debatte aus. Der Verbandsvorsitzende, der Redakteur und der Vorsitzende des Verbandsauschusses wurden vorweg als Delegierte gewählt und dann noch acht aus den Reihen der Delegierten. Nachdem die Gehaltsfrage der Angestellten geregelt war, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, auch der bisherige Vorsitzende des Ausschusses. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Generalversammlung in voller Harmonie geschlossen.

## Die Unruhen in Lübeck.

Die Ausschreitungen und Plünderungen, welche am letzten Sonnabend die ganze hiesige Bevölkerung in Aufregung setzten, sind leider in weit größerem Umfange erfolgt, als wir in unserer letzten Ausgabe berichten konnten. Hauptächlich waren es wildausgehende Frauen und halbwüchsige Burschen, die räuberten und plünderten, aber auch Kinder haben sich mit daran beteiligt. Am schlimmsten haßten manche Vertreter des weiblichen Geschlechts, die sich teilweise wie toll benommen haben, Eins aber steht fest und wird auch von allen anerkannt: Die organisierten Arbeiter Lübeds haben sich an diesen Ausschreitungen nicht nur nicht beteiligt, sondern sie mit Erfolg bekämpft. Ohne das tatkräftige Eingreifen dieser Arbeiter wäre die Ruhe am Nachmittage noch nicht wiederhergestellt worden. Die Soldatenwehr hat zwar auch mit eingegriffen, vorwiegend waren es aber die organisierten Arbeiter selbst, die das Gefindel in Schach hielten und Raub und Plünderungen wirksam zu hindern bestrebt waren. Das wird von allen Geschäftsinhabern lobend anerkannt. Sobald die Plünderungen bekannt wurden, stellten die Arbeiter an den gefährdeten Geschäften Wachen und Posten auf. Wo die Plünderer schon eingedrungen waren, wurden sie einfach hinausgeworfen. Leider war schon stellenweise erheblicher Schaden angerichtet. Man hat außer Lebensmitteln und Getränk auch Kleidung und Wäsche, Geld, Gold- und Silbergegenstände gestohlen oder Wertgegenstände vernichtet. Sogar dem angestellten Personal wurden Wertgegenstände und Kleidungsstücke gestohlen. Im Ratsweinteller nahm man außer Lebensmitteln und Getränk auch Wäsche. Dem sich tapfer wehrenden Dienstmädchen sollten die Ohrenge aus den Ohren gerissen werden. Aus Fremdenagenten stahl man die Plünderer Wein, Wäsche, Tafelsilber und eine Geldbörse mit 5000 Mark. Das Schabbelhaus gibt den Wert des gestohlenen Wertes auf 20000 Mark an. Sogar die Wäscheputzfrauen sind beraubt worden. Einem Kellerlehrling stahlen sie einen Anzug und ein Paar fast neue Stiefel. Der dort angestellte Kriegsinvalide Lender schreibt uns dazu: „Bei der Hausdurchsuchung nach Lebensmitteln ist es leider zu traurigen Vorwommnissen gekommen. Wenn sich die Menge nur nach Lebensmitteln bemäht hätte, so wäre es wohl noch zu verzeihen gewesen, daß aber das Privateigentum des Personals gestohlen wurde, spottet jeder Beschreibung. Wachen und Befeihungssätze sind sicher keine Lebensmittel. Ich habe alles gezeigt, was die Obkente bezogen können, aber unsere Sachen, die nicht zu ersetzen sind, zu stehlen, ist nicht mit der Sache zu vereinbaren.“ Im Hotel „Stadt Hamburg“ wäre der Raub noch größer gewesen, wenn unsere Genossen dort nicht eingegriffen hätten. Jammerschick beschlagnahmte dort angerichtete Schäden auf einige tausend Mark. Dem Kellerer stahlen sie eine Brieftasche mit 300 Mark aus einem an der Wand hängenden Kof. Im Cafe Röhde griffen unsere Genossen rechtzeitig ein, so daß hier größerer Schaden abgewendet werden konnte. In einigen anderen Geschäften fanden weitere geringere Plünderungen statt. Der angerichtete Schaden ist ganz erheblich. Der Räbel verhängte Festgenommenen zu betreiben, was auch teilweise gelang. Der Aufforderung der Vertrauensmänner der Arbeiter, die...

entsprochen worden. In mehreren Fällen haben die Arbeiter den Dieben die gestohlenen Sachen wieder abgenommen. Das für die nächste Woche zur Verteilung bestimmte Schweinefleisch, welches inzwischen schon ausgegeben ist, wurde auch zentnerweise gestohlen aber teilweise wieder herbeigebracht. Sogar aus der Wohnung einer sogenannten „besseren Dame“ in der Hüßstraße und aus der Wohnung eines Wächters in der Altdorferstraße wie auch aus der Wohnung eines Musiklehrers in der Wasmstraße, überhaupt aus den Wohnungen mehrerer besser Stuurter wurden Stücke von diesem Fleisch herausgeholt. Das Polizeiamt gibt bekannt, mer die gestohlenen Sachen bis Dienstag abliefern, bleibt straflos. Auch die wilden Suchkommissionen lieferten ihre Waren im Gewerkschaftshause ab, die inzwischen größtenteils dem Kühlhause zugeführt sind. Der Senat hatte sich in Anbetracht der immer weiter um sich greifenden Unruhen um Truppenentwendungen nach Gütin gewandt. Nachdem aber die organisierten Lübeder Arbeiter die Ruhe und Ordnung selbst hergestellt hatten, gab der Senat das Versprechen ab, die in Schwartau ausgelassenen und dort belassenen Truppen zurückzuführen.

Die Verhandlungskommission gibt bekannt, daß für die Forderungskommission Ausweise ausgestellt würden, die von der Soldatenwehr und von dem Genossen Knapp und Mundt unterschrieben sind. Die Kommission bleibt solange bestehen, bis vom Arbeiterrat eine andere gewählt ist. Von anderen Personen dürfen Hausdurchsuchungen nicht vorgenommen werden. Damit kehrt die volle Ordnung allmählich wieder zurück.

Die Arbeiterschaft aber mühten wir nochmals dringend und ernstlich ermahnen, alles aufzubieten, damit solche Ausschreitungen in Lübed sich nicht wieder ereignen. Damit fördert man nicht die Interessen der Arbeiter, sondern schädigt sie nur. Die Erzeugnisse der Revolution dürfen nicht gefährdet, sie müssen gesichert und ausgebaut werden. Durch würdige Verhalten, Einigkeit und klare Vernunft kann die Arbeiterschaft nur ihr Ziel erreichen; nicht durch Ruffäre, Raub und Plünderungen. Den Gegenrevolutionären dürfen wir nicht die Wege ebnen. Es gilt, sich den Erzeugnissen der Revolution würdig zu zeigen.

Hätte die Behörde den Wünschen der Bevölkerung in Bezug auf eine bessere Ernährung trotz der sicher vorhandenen Schwierigkeiten wenigstens etwas Entgegenkommen gezeigt, so wäre es zu solchen Ausschreitungen vielleicht nicht gekommen. Schon vor Wochen sind an die Behörden Eingaben auf Verbesserung der Lebensmittelversorgung von den Arbeitern mehrerer Betriebe gemacht worden. Lebensmittel demonstationen der Frauen fanden in den beiden vorangegangenen Tagen schon statt. Sehr empört war man auch darüber, daß viele Lebensmittel, insbesondere Gemüße, zu sehr hohen Preisen nach den umliegenden Bodeorten wanderten. Dadurch wurden die Preise hier nicht nur in die Höhe getrieben, es trat auch ein Mangel an Waren ein. Weiter kam hinzu, daß in der Umgegend eine höhere Ferkelzucht, teilweise auch öfter wie hier, Speck und Schweinefleisch verteilt wurde. Hier gab es dann das verdorbene Werdefleisch zu Wucherpreisen! Das Ernährungsamt hätte sich selbst jagen müssen, daß man der hiesigen Bevölkerung das nicht anbieten dürfte, um so weniger, da schon das Gerücht im Umlauf war, daß andere Städte die Erwerbung dieses Fleisches, wegen der schlechten Beschaffenheit, abgelehnt hätten. Durch den Hinweis des Ernährungsamtes in allen hiesigen Blättern, daß die Ausschreitungen auf den Dofen „Gefangenensoff“ mit dem Inhalt nichts zu tun hätte, erreichte man das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte; dadurch wurde erst recht Mißtrauen in der Bevölkerung erweckt. Als sich nun gar erst herausstellte, daß das Fleisch vielfach verdorben war, da war die Bevölkerung nicht mehr zu halten, sie griff zu dem schärfsten Mittel, zur Demonstration. Daß es dazu kommen konnte, damit hätte die Behörde angesichts der kritischen Lage rechnen müssen. Die Zumutungen, die seitens der Behörde an das Volk gestellt wurden, waren zu stark, sie konnten nicht widerprüchlos getragen werden. Man kann nicht von den Arbeitern verlangen, daß sie ihr Geld für verdorbene Sachen wegschmeißen sollen. Die Kommission, die am Sonnabend mit dem Senat verhandelte, gibt folgendes bekannt:

### An die Bevölkerung Lübeds!

Genossen! Genossinnen! Die von Euch bestellte Verhandlungskommission hat die dem Senat vorgelegten Forderungen durchgebrückt. In der Ernährungsfrage wurden der Arbeiterschaft weiteste Rechte eingeräumt. Wir werden mit polizeilicher Vollmacht versehen, um Wucher, Schleichhandel usw. wirksam zu bekämpfen. Der Arbeiterrat ist voll anerkannt und wird schon die nächste Sitzung im Bürgerchaftssaal stattfinden. In das Landesversorgungsamt werden aus allen größeren Betrieben Mitglieder entsandt. Zwecks besserer Versorgung fahren mehrere Arbeiter mit Senator Straß nach Berlin. Die Strafe wegen Mehrverbrauch von Gas wird nach den gegebenen Arbeits- und Familienverhältnissen erlassen. In die Nachbarrorte entsandte Truppen werden sofort durch Senatsanweisung in die Garnison zurückgeschickt. Arbeiter, Genossen, Genossinnen! Bewahrt Disziplin und helft, damit Ruhe und Ordnung erhalten bleibt. Erhaltet den guten Ruf der Lübeder Arbeiterschaft. Bekämpft mit uns die unsauberen Elemente, welche plündern.

Die Verhandlungen der Arbeiter mit dem Senat haben gezeigt, daß die Forderungen anerkannt und angenommen sind. Neue Maßnahmen werden getroffen. Den Arbeitern sind weitgehende Rechte eingeräumt worden. Man darf also die berechtigste Hoffnung hegen, daß der Wucher und Schleichhandel aufhört und die Lebensmittelversorgung für die Lübeder Bevölkerung besser wird.

### Erklärung.

Der unterzeichnete Vorstand der Verhandlungskommission der Arbeiter der hiesigen industriellen Betriebe bemerkt zu der Pferdefleischversorgung folgendes:

1. Die gesamte Fleisch- und Fischversorgung Lübeds liegt lediglich in den Händen von Herrn Senator Straß und haben andere Senatoren, speziell Senator Mehrlein, nichts damit zu tun.

2. Der Einkauf des Pferdefleisches ist von Herrn Senator Straß und dem Herrn Schlachthofsdirektor Lund bewerkstelligt worden. Vor dem Ankauf wurde beiden Herren eine Probe bestehend aus zwei Dofen Fleisch zugelandt und ist das Fleisch von der zuständigen Kommission, in der auch Arbeiter und Arbeiterinnen sitzen, geprüft und für gut befunden worden. Es ist dann weiter der bekannte Großschlachter Herr Cadow um Rat gefragt worden und hat dieser dringend den Ankauf empfohlen. Auch sind zwei Chemiker damit beauftragt gewesen, die Güte des Fleisches festzustellen und auch diese Herren haben festgestellt, daß die Ware einwandfrei sei.

3. Durch den Lob von Herrn Cadow scheint die Firma, die das Fleisch zu liefern hatte, andere Ware unterschoben zu haben und wird deswegen ein gerichtliches Verfahren gegen die Firma eingeleitet werden.

4. Die unterzeichnete Kommission wird in Zukunft ihren Einfluß dahin geltend machen, daß solche Mengen nicht mehr von feinem so kleinen Kreise eingekauft werden dürfen. Dies zur Kenntnisnahme für unsere Bevölkerung und werden wir, sobald wir Näheres wissen, auf die Angelegenheit zurückkommen.

Die Verhandlungskommission.

J. A. S. Mundt. Emil Knapp. R. Burmeister.

## Aus Lübed und den Nachbargebieten.

Montag, 16. Juni.  
Die Verhandlungskommission für die Lebensmittelfrage tritt heute abend 9 Uhr im Gewerkschaftshause zusammen. Arbeiterrat. Die Vollversammlung findet Dienstag, nachmittag 5 Uhr im Bürgerchaftssaale statt.



# Eine außerordentliche Sitzung der Bürgerkammer

Die Sonnabend abend eilig zusammengerufen war, beschäftigte sich mit den Ereignissen des Tages. Leider waren wir davon nicht benachrichtigt worden, so daß wir nur einen unvollständigen Bericht bringen können.

Der Vorsitzende Genosse Ehlers eröffnete die Versammlung mit der Bemerkung, daß es der Wunsch von Mitgliedern der Bürgerkammer gewesen sei, zu den bedauerlichen Ereignissen Stellung zu nehmen. Sodann stellt Genosse Radtke im Auftrag der Fraktion folgende Anfrage an den Senat: „Welches waren die Ursachen, daß die heute stattgefundenen Unruhen eintreten konnten? Welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um derartige Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern?“

Senator Kulenkamp erklärte, daß der Senat den Wunsch der Bürgerkammer sehr verständlich finde, doch sei es noch nicht möglich, ein volles und klares Bild der Vorgänge zu geben. So viel sei klar, daß Schwierigkeiten in der Ernährung den Anstoß gegeben haben. Erfreulich ist allein, daß an den Ausschreitungen die organisierte Arbeiterschaft keinen Anteil gehabt hat, daß diese vielmehr von unverantwortlichen Elementen ausgeht sind. Die organisierten Arbeiter haben nun gewisse Forderungen an den Senat gerichtet, wie dem Schleichhandel zu steuern sei. Versammlungen von Vertretern des Senats mit den Arbeiterausführungen der verschiedenen Betriebe haben eine erfreuliche Verständigung zum Ergebnis gehabt. Im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat soll wirksamer als bisher dem Schleichhandel und dem Wucher gesteuert werden. Dagegen haben die Arbeitervertreter verprochen, Sorge zu tragen, daß Ausschreitungen wie heute sich nicht wiederholen. Der Senat hat das Vertrauen, daß die Arbeitervertreter in der Lage sind, dies Versprechen zu halten.

Rapp (Soz.) sagte, daß das Wüchsen-Werdefleisch die Ursache mit zu der Demonstration gewesen sei. In einer Dose habe man z. B. ein ganzes Hühnerbein gefunden. Auch habe sich beim Freibankverkauf am letzten Sonnabend, wo die Leute von 4 Uhr nachmittags bis morgens 7 Uhr hätten stehen müssen, Dynamit anfallen ereignet, daß der Sanitätswagen kommen mußte. Redner forderte für die Wucherer als Strafe Vermögenskonfiskation oder Todesstrafe, Ausknüpfen auf dem Marktplatz.

Bed (Soz.) erklärte, daß Vorredner nicht im Namen der Fraktion gesprochen habe, wenn er sich für die Todesstrafe einsetze. Die organisierten Arbeiter seien an den heutigen bedauerlichen Vorkommnissen schuldlos. Die Nahrungsmittelverteilung heutzutage sei ja schwer. Aber die Werdefleischverteilung sei leichtfertig vorgenommen. Dies und die Fische in den letzten Tagen, die einen Stich hatten, habe die Erregung hervorgerufen. Daß aber die Arbeiter heute morgen aus den Fabriken gegangen seien, um zu demonstrieren, sei früher nicht Mode gewesen. Früher wäre das ordnungsgemäß in den Gewerkschaften beraten worden. So haben sich heute gewisse Elemente unter die organisierten Arbeiter gemischt. Die organisierten Arbeiter haben sich mitzuschleppen lassen und konnten dann nicht mehr bremsen. Es müßte aber etwas geschehen gegen den Schleichhandel.

Blantfaher (Soz.) forderte den freiwilligen Zutritt des Landesverforgungsamts.

Luß (Soz.) verwahrte sich als Mitglied des Lübecker Staatsarbeiterverbandes gegen eine Äußerung, daß die Wucherer in den Gefängnissen in der Ernährung besser daran seien als sämtliche Bürgerkammermitglieder.

Dr. Meyer-Lierken (Dem.) unterstützte die Forderungen auf Unterdrückung des Wuchers. Auch das Antreiben müsse besser organisiert werden. Doch wandte er sich gegen die Einseitigkeit der Vorredner. Er drückte seine Empörung aus darüber, wie heute die bürgerliche und arbeitende Bevölkerung gleichermäßen behandelt ist.

Senator Kulenkamp versprach Untersuchung aller angelegenen Fälle und gab der Meinung Ausdruck, daß die Angriffe gegen das Landesverforgungsamt und gegen die Beamten über das Ziel hinausgingen. Die Beamten haben stets ihre Pflicht getan.

Dr. Wittern (Deutsch-nat.): Achtung vor dem Gesetz müsse der oberste Leitfaden sein. Es müßten Feststellungen über das Wüchsen-Werdefleisch gemacht werden, um mit allen Mitteln gegen Diebstahl und Hersteller einschreiten zu können.

Schiemann (Dem.) verurteilte aufs schärfste die Ausschreitungen und unberechtigten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen. Es seien von den Arbeitervertretern Versprechungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Zukunft gemacht worden, aber Versprechungen seien nicht immer sicher. Es würde eine Katastrophe bedeuten, wenn das Landesverforgungsamt jetzt zurückträte. Gegen Wucher und Schleichhandel müßten wir alle unsere Hände zusammentun.

Rapp (Soz.) protestierte gegen die Heranziehung von Freiwilligen-Truppen.

Senator Kulenkamp erklärte, der Senat, der sich seiner Verantwortung für das Wohl Lübecks bewußt sei, habe gemeint, sich in den Stand setzen zu müssen, Freiwilligen-Truppen in der Nähe zu haben, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Denn er fürchtete, daß die organisierten Arbeiter die plündernden Elemente nicht in der Hand hätten. Im übrigen verkenne der Senat keinen Augenblick die Verdienste der organisierten Arbeiter. Die Truppen seien bereits wieder zurückgezogen.

Radtke (Soz.) erklärt, daß der Senat gar keine Verantwortung gehabt hätte, die Freiwilligen-Truppen heranzuziehen, wenn der Senat mehr Vertrauen zu der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gezeigt hätte. Dem Senat dürfe doch bekannt sein, daß es doch nur der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken gewesen sei, wenn während und nach der Revolution in Lübeck die Sache sich in ruhigen Bahnen entwickelt hätte. Es solle nicht verkannt werden, daß eine Erbitterung unter der Arbeiterschaft Platz greifen könne. Die Unruhestände, die von den Diskussionsrednern eingehend geschildert, die er in den Ausführungen des ständigen Senatskommissars vermisse, zettigen dieses. Dem Landesverforgungsamt sei der Vorwurf zu machen, daß dasselbe für das Frühgemüse keine Höchstpreise festsetze; auch die knappe Fischverteilung für die Lübecker Bevölkerung sei nicht verstanden; da doch z. B. Travemünde und andere Ortschaften mit reichlich Fischen versehen würden. Die Ausschreitungen, die vorgenommen, seien zu beurteilen, aber es müßte noch einmal festgestellt werden, daß die organisierten Arbeiter daran kein Anteil, sondern im Gegenteil die gewesen, die bei Ausbruch der Leidenschaften schnell eingegriffen und schärfstes Verbot hätten. Der Senat möge sich nur, ehe er Freiwilligen-Truppen heranzieht, an die Vertretungen der Lübecker Arbeiterschaft wenden. Diese habe bis dato gesagt, daß sie schwierigen Situationen gewachsen. Er glaube das Ergebnis im Einverständnis sämtlicher Fraktionen dahin zusammen fassen zu können, daß der Senat dringend aufgefordert werde, durchgreifende, wenn notwendig, zwangsweise Maßnahmen gegen den Schleichhandel und Wucher, die in letzter Zeit wieder schamlos betrieben, zu ergreifen. Ferner, unter Hinzuziehung von Sachverständigen, nur einwandfreie Waren zur Verteilung zu bringen. Wie denn die Bürgerkammer den Senat auffordere, überhaupt dafür zu sorgen, daß der Lübecker Bevölkerung, soweit wie möglich, eine gute Ernährung zuteil werde.

Rosenquist (Dem.) gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß heute morgen um 11 Uhr, als die Plünderungen im stärksten Laufe waren, die organisierte Arbeiterschaft noch eine Truppe auszusenden hatte, um die Ordnung herzustellen. Die republikanische Soldatenwehr habe völlig versagt.

Frau Hartmann (Dem.) fragte an, was mit den ins Gewerkschaftshaus gebrachten Lebensmitteln geschehen werde.

Rapp (Soz.) antwortete, die Lebensmittel würden unter die Allgemeinheit verteilt.

Dr. Meyer-Lierken (Dem.) teilte mit, daß ins Marktgefängnis eingelieferte Plünderer von der Volksmenge wieder befreit seien.

Dr. Wittern (Deutsch-nat.): Es würden Anforderungen an die organisierte Arbeiterschaft gestellt, die sie gar nicht erfüllen kann. Wo war überhaupt während der Plünderungen unsere Sicherheitswehr. Man sagt, sie habe sich neutral erklärt.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen: Die Versammlung bringt dem Senat den Wunsch entgegen, Maßnahmen zu ergreifen, 1. daß die Ernährung der Bevölkerung und die Verteilung der Lebensmittel so geregelt werde, daß die heutigen bedauerlichen Vorkommnisse künftig vermieden werden; 2. daß gegen den Wucher und den Schleichhandel energischerer Maßnahmen als bisher ergriffen werden; 3. daß die gezielten Vorstöße zur Wahrung von Ruhe und Ordnung von jedermann zu beachten sind.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärte die Bürgerkammer zum zweiten Punkt der Tagesordnung bis auf weiteres auch ihrerseits, daß dem Arbeiterrat für seine Sitzungen der Bürgerkammer zur Verfügung gestellt werde. Die nächste Sitzung des Arbeiterrats wird schon am Dienstag stattfinden.

Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer. Nachdem die Demobilisation in der Hauptphase durchgeführt ist, werden nunmehr die Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer, die bisher gerührt hatten, wieder aufgenommen. Allerdings ist ein großer Teil durch die verschiedenen Amnestien der republikanischen Regierung inzwischen erledigt worden. Gehören Kriegsteilnehmer einer mobilen Formation an, die, ohne demobilisiert zu sein, in die Reichswehr oder in freiwillige anerkannte Verbände übergegangen ist, oder sind einzelne Kriegsteilnehmer in die Reichswehr oder einen anderen Verband übergetreten, so ruhen die Strafverfahren vorläufig noch weiter.

Die teuren Zuckerstangen. Vergniserregend sind seit lamaem die hohen Preise für Süßigkeiten, die man trotz allem Zuckermangel ausstellt. Daß der Profit bei diesem Handel groß sein muß, liegt klar auf der Hand. Wie uns mitgeteilt wird, soll jetzt der Preis für Zuckerstangen, der bisher 60 Pf. betrug, auf 15-25 Pf. herabgesetzt worden sein. Das verursachte großen Zulauf. Insbesondere in der Königstraße hatten sich vor einem Geschäft zahlreiche Kaufleute eingekauft.

Befristung der Durchfuhrbewilligungen. Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums ist die Gültigkeitsdauer der Durchfuhrbewilligungen ebenfalls auf sechs Monate erweitert worden. Diese Erweiterung erstreckt sich auch auf solche Durchfuhrbewilligungen, deren Gültigkeitsdauer bereits verlängert worden ist.

Durchfuhr von Postpaketsendungen. Ueber die Durchfuhr von Postpaketsendungen im Verkehr von der Schweiz nach den Niederlanden, Skandinavien, Finnland und Deutsch-Oesterreich liegt auf der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6 eine Mitteilung aus, die von Interessenten eingesehen werden kann.

Einlösung der Kriegsanleiheinscheine. Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinscheine zu Kriegsanleihen können schon vom 21. d. Mts. ab bei den Postanstalten eingelöst werden.

Schuhverband für Nothafenladungen. Unter diesem Namen hat sich in Hamburg ein Verband gebildet, der auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist und den Zweck verfolgt, die gesamte Verrechnung der in Nothafen liegenden, den Militären zur Verwertung zu überlassenden deutschen Waren sowohl gegenüber dem Reichsfinanzamt wie gegenüber den Regierungen der Alliierten vorzunehmen. Interessenten werden aufgefordert, sich mit tunsichtiger Bescheinigung bei der Handelskammer zu melden und dort weitere wichtige Mitteilungen einzusehen.

Die Duerbeck-Gesellschaft zeigt von heute an auf kurze Zeit in ihren Ausstellungsräumen die 218 Entwürfe des Wettbewerbs um eine deutsche Reichsbriefmarke, der im Sommer 1918 in Stuttgart stattfand. Wenn er auch praktisch bedeutungslos geworden ist, weil Reich und Meer unterdessen verschwunden sind, so wird dieser Wettbewerb doch das Interesse aller derer finden, die auf eine baldige Besserung unserer an Geschmacklosigkeit kaum zu übertreffenden amtlichen Druckerzeugnisse warten. Die in acht Tagen zu eröffnende nächste Ausstellung der Gesellschaft wird dem architektonischen Schaffen des Hamburger Baudirektors Prof. Frh. Schumacher gewidmet sein.

Schwartau-Rensfeld. Die Kinderschuttkommission besteht aus folgenden Personen: Scharowski, Vorl., Rensfeld, Mühlendorf, Frau M. Rosa, Rensfeld, Parinerstr. 80, Schmidt, Cleverbrück, Hauptstr. 7, Gustav Käbler, Schwartau, Kanau-Allee 17, Frau Käbler, Schwartau, Kanau-Allee 17, Frau E. Künzel, Schwartau, Löffelberg 10, Frau A. Köhn, Schwartau, Rieseblum 18, Frau M. Schröder, Schwartau, Kremstapf 4, Ernst Kahle, Schwartau, Ralienhöfstr. 10. Alle vorstehenden Fälle von Kinderausbeutung, Mißhandlung oder Vernachlässigung bitten wir an eine der genannten Personen zu melden.

Travemünde. Ueber wilde Plünderungen am hiesigen Orte kursieren unwahre Behauptungen. Richtig ist, daß eine Unterkommission in Travemünde gestern und heute tätig war, die lediglich Bestandsaufnahmen vorgenommen hat. U. a. wurden in Ewershof 172 Pfund geräucherte Fleischwaren, 6 Zentner Erbsen, 40 Zentner Roggen, im Schifferhaus 2000 Eier, bei Bankier Schiff 8 Schinken und 28 Mettwürste, bei Werfer 110 Mettwürste, bei zwei alleinstehenden Damen, Weber und Beigner, 20 Mettwürste, 2 Schulkern und 5 Schinken, bei Borchert-Brotchen ein geschlachtetes Kalb, 200 Wärschen Fleisch. Es ist zu bemerken, daß dies nur ein winziger Bruchteil der angekauften Lebensmittel ist und wie bezeichnend der Anmut der arbeitenden Bevölkerung diesen Waffen gegenüber ist.

Entin. Durch Feuer zerstört wurde der am Markt belegene Gasthof „Stadt Altona“, in dem sich auch Lagers- und Verkaufsräume des Konsumvereins befanden. Die Lebensmittel konnten größtenteils geborgen werden.

Obesloe. Wie man die Einigung fördert. Ein drastisches Beispiel gibt uns wieder einmal eine Anzeige der U. S. W., die wir ausgerechnet in einem bürgerlichen Blatt, dem „Obesloer Landboten“, lesen. Dort wird zu einer Volksversammlung am 15. Juni eingeladen mit dem Tagesordnungspunkte: Das Lumpengesindel an der Staatskrippe. Referent Genosse Reich. Nach diesem geradezu gemeinen Titel des Referats kann man jedenfalls ersehen, was der Redner dort den Versammelten sagen wird. Und dabei redet man in jenen Kreisen immer von der Wiedervereinigung der streitenden Brüder. Am Schluß des Inserats heißt es: „Männer und Frauen, erschein in Massen, es gilt, in sozialistischem Sinne zu disputieren!“ Man hätte auch gleich hinzusetzen sollen: und die Mehrheitssozialisten zu beschimpfen.

Hamburg. Die „Einigung“ als Sprengpulver. In der Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien“ ist gestern abend eine von dem unabhängigen Sekretär vorgeschlagene Resolution angenommen worden, durch die beschlossen wurde, „unverzüglich die notwendigen Schritte in die Wege zu setzen, eine geeinte sozialistische Partei zu gründen, ohne Verhandlungen mit den Zentralkomitees abzuwarten. Die Betriebsräte sammeln die Parteibücher betriebsweise ein und legen zunächst einheitliche Marken. Die geeinte Reuekommission hat vorläufig die Aufgabe der neuen geeinigten sozialistischen Partei zu führen.“ Das „Echo“ bemerkt dazu: Von den Unabhängigen ist die Resolution sicherlich sehr gut gemeint, namentlich in ihrem wohlverstandenen Parteinteresse. Ein größerer Fiskus, wie sie ihn bei der Einigung der Parteibücher in den Betrieben und mit den — jedenfalls schon in Bereitschaft gehaltenen — „Einheitsmarken“ machen würden, könnte ihnen ja gar nicht wieder gelingen. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Genossen in den Betrieben auf diesen Leim nicht kriechen, sondern vor allem die Einheit unserer eignen Partei hochhalten werden. Für diese aber sind die Beschlüsse des in Weimar versammelten Parteitag aus in der Einigungsfrage

ganz allein maßgebend. Laut Parteitagbeschlusses vom Mittwoch sollen Einigungsverhandlungen geführt werden vor der Zentralkomitee der Partei, wie das auch gar nicht anders möglich ist. Denn der Parteivorstand wäre hinfällig, der bei solcher Lebensfrage der Partei sich ausschalten ließe. Auf die Selbständigkeit der Partei können wir nicht verzichten. Für die Parteigenossen muß es heißen: Augen auf und Tackel zu! Wer seine Mitgliedschaft preisgibt, begeht Fahnenflucht.

Harburg. Beim Baden ertrunken. Im Freibad Rattow verlor ein aus Hamburg stammender Soldat, der eine Frau aus Scherz zu weit in die Elbe hineintrieb, den Boden unter den Füßen. Während die Frau auf ihre Pflerufe von dem Bademeister gerettet werden konnte, verschwand der Soldat in die Tiefe und ertrank.

Schwerin. Die Kontrollleure in Tätigkeit. Im Monat April 1919 wurden durch die Kontrollstellen bei den Kreisbehörden Mecklenburg-Schwerins ganz erhebliche Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Ablieferung gebracht. Diese Mengen würden ohne vorgenommene Kontrollen zum größten Teil der allgemeinen Volksernährung entzogen worden sein und im Schleichhandel verschwinden. Die Getreide- und Kartoffelbestände werden durch die Kontrollleure der Kontrollstellen festgestellt und mit der Ablieferungspflicht des betreffenden Produzenten, welche durch die Kreisbehörden festgelegt wurden, verglichen. Insgesamt wurden nachstehende Mengen durch die Kontrollstellen zur Ablieferung gebracht:

Roggen	2 952,76	Zentner
Weizen	1 487,43	„
Gerste	231,98	„
Hafer	1 292,84	„
Gemenge	276,34	„
Diverses	1 672,12	„
Kartoffeln	7 237,48	„

15 150,95 Zentner

Die hierdurch hereingebrachten landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden den betreffenden Kreisbehörden zugeführt und sind somit zur Verteilung auf die allgemeine Volksernährung gekommen.

Bremen. So vergeht die Herrlichkeit der Welt. Nach dreitägiger Verhandlung vor der Bremer Strafkammer wurde am Sonnabend der Stadtkommandant von Bremen, Bernhard Cas, wegen Rötigung, Freiheitsberaubung und Bedrohung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

## Neueste Nachrichten.

Blutiger Abschluß einer Wiener Kommunistenversammlung.

Wien, 16. Juni. Die lange vorher angekündigte Versammlung der Kommission vor dem Rathaus war von etwa 8000 Personen besucht. Die Anhänger der Sozialdemokratie hatten sich der Versammlung ferngehalten. Infolge der Verhaftung der Kommunistenführer war die Versammlung nur von kurzer Dauer. Zum Schluß wurde die Parole ausgegeben, die verhafteten Führer zu befreien, worauf sich die Versammelten zur Oranger-Kaserne begaben. Auf dem Wege dorthin ereignete sich ein blutiger Zwischenfall. Eine Abteilung des Stadisches stellte sich den Kommunisten in den Weg. Von beiden Seiten wurde geschossen. Bisher sind 8 Tote, darunter einen Kriegsinvaliden, sowie 60 Verletzte, meist jugendliche Personen, gemeldet.

Züricher Unruhen.

Zürich, 16. Juni. Hier fanden kommunistische Unruhen statt. Es gab 3 Tote, 1 Kantonspolizist und 2 junge Arbeiter, sowie über 20 Verwundete. Das Bezirksgerichtsgebäude, ein großer moderner Bau im Züricher Arbeiterviertel, um das gekämpft wurde, ist schwer demoliert.

Bergarbeiterausstand in Frankreich.

Paris, 16. Juni. Morgen beginnt der Bergarbeiterausstand in ganz Frankreich. Die CGT fordert die Arbeitgeber, das Kartell ein, um sich eventuell auf eine Solidaritätsmaßnahme zu einigen. — Der Transportarbeiterausstand ist beendet.

Volksabstimmung in Schleswig.

Verfailes, 16. Juni. Die Volksabstimmung soll sich nur auf zwei Zonen erstrecken.

Veränderung des Arbeitsabkommens.

Amsterdam, 16. Juni. Aus Paris meldet Reuters: Wie verlautet, ist der kurze Termin von 5 Tagen für die deutsche Antwort auf die Lausanne zurückszuführen, daß die Deutschen mitgeteilt haben, daß dieser Termin für sie hinreichend sei. Der Rat der Vier hat das Abkommen betreffend das Arbeitsgesetz mit Rücksicht auf die bestehende Arbeitersituation in den verschiedenen Ländern, von welchem Faktor die Deutschen in ihrer Gegnerschaft geschädigten Gebrauch gemacht haben, verändert.

Holland gegen eine Blockade.

Amsterdam, 16. Juni. Der Pariser Korrespondent des „United Press“ in Neuyork meldet, daß aus dem Haag übereinstimmend die Frage beantwortet wurde, ob Holland aktiv an einer Blockade Deutschlands sich beteiligen würde, wenn Deutschland sich weigern sollte, den Vertrag zu unterzeichnen.

Der Generalstreik in Frankreich.

Genf, 16. Juni. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der französischen Regierung und denen der Gewerkschaft der Bergarbeiter haben zu keinem Ergebnis geführt, so daß heute mittag der Generalstreik beginnen wird. Die Krise wird dadurch verschärft, daß die Arbeiter des Elektrizitätswerkes von Bruay im Departement Nord, die die Bezirke von Bethune, Saint Pol und Saint Omer mit elektrischer Kraft versetzen, sich mit den streitenden Bergarbeitern solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zweiterlei Maß.

Schon einige Wochen wird Lübecks Bevölkerung nur mit Konjunktionsfleisch beliefert. Dagegen wird von dem Irackten noch immer nach ihrem Ritus geschlachtet und vor allem nicht das schlechteste Vieh. Warum werden sie vor anderen, die auch lieber frisches Fleisch essen, bevorzugt? Ein Freund frischen Fleisches.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.

Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Der  
grosszügige  
Verkauf  
unserer Lederwaren-Abteilung  
bietet nach wie vor große Vorteile

Gartenmöbel-  
Ausstellung

in den 7 Fenstern  
des Schranzen.

**Ganz  
bedeutende  
Preisermäßigung  
auf alle Damen-Hüte**

darunter

Original Wiener Modelle	Elegante Modell- Kopien	Moderne garnierte Hüte	Elegante Frauen- Hüte	Fesche Backfisch- Hüte	Reizende Kinder- Hüte
-------------------------------	-------------------------------	------------------------------	-----------------------------	------------------------------	-----------------------------

Nur gute Tagal- und Bastgeflechte.  
Keine Papiergeflechte.

**Beispiele**

Jugendl. Bastglocke mit Ripsband und Blumen garniert <b>7.75</b>	Eleganter Rundhut mit Seidenband und Blumen garniert <b>15.75</b>	Mod. Schutenform aus Tagal, mit Tüll, Blumen u. Band garniert <b>25.75</b>
---	--	---

**Formen zum Aussuchen**

prima Geflechte aus Stroh, Bast, Litz und Tagal,  
in allen Formen, Farben und Geflechtarten

**95 Pfg. 1.75 2.50 6.50**

Rudolph **KARSTADT** Kom.-Ges.

Am Dienstag  
wieder Wachstuch-Reste und -Streifen  
Beachten Sie Hauptinserat (Dienstag).

**Uhren-Reparaturen.**  
Billige Preise. (3601)  
Große Auswahl in Wand-, Tisch-,  
Weck- und Taschenuhren.  
Hermann Voß, Uhrmacher,  
Breite Straße 54 u. Huxstraße 71.  
**Hausstandspumpen,** Fund  
12 Bfg. aufwärts, **Stutz-  
Pferdehaare,** Fund 10 Mk.  
aufwärts, Eisen, Metall, Pa-  
pier, Zeitung, Knochen,  
Kühr-, Mähnen- u. Schweine-  
haare kauft zu höchsten Tages-  
preisen. (3602)  
Tel. 2802. Waifenhoffstr. 25.

**Achtung!**  
Deutscher  
Bauarbeiter - Verband.

**Versammlung**

der  
**Baubelegierten  
vom Hochbau**  
am Dienstag, dem 17. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Das Interesse für unsere Ge-  
werkschaft und politische Or-  
ganisation.  
Referent: Kollege J. Denker.  
2. Verschiedenes.  
Jede Baustelle muß durch  
Delegierte vertreten sein.  
3629) **Der Vorstand.**

Deutscher  
**Eisenbahner - Verband.**

Ortsgruppe Lübeck.  
Außerordentliche  
**Mitglieder-Versammliq.**  
am Dienstag, dem 17. Juni  
abends 7 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Erhöhung des Lokalbeitrages.  
2. Verschiedenes.  
Mitgliedshücher müssen vorge-  
zeigt werden.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
3631) **Der Vorstand.**

**HANSA  
THEATER**

Montag: Zapfenstreich.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
(Langjährig verbotlen gewesen)  
„Zapfenstreich“ 3607  
Militärdrama v. Fr. A. Beyerlein.  
Mittwoch: „Zapfenstreich“.  
Donnerstag: Prinz u. Bettlerin

**Stadthallen - Theater**  
Lübeck. 3619

Montag, den 16. Juni:  
Abends 8 Uhr:  
**Volkstümliches Konzert.**

Dienstag, den 17. Juni:  
**Frühlingsluft.**

Mittwoch, den 18. Juni:  
nachmittags 4 Uhr:  
**Großes Konzert**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Als ich noch im  
Flügelkleide.**

**Stadthallentheater Lübeck**  
Montag, den 16. Juni,  
Abends 8 Uhr:  
**Volkstümliches Konzert.**

Orchester des Vereins der  
Musikfreunde Lübeck.  
Dirigent: Kapellmeister  
Kurt Blumentritt.  
Eintritt 1.00 Mk., Dutzend-  
billets 10.00 Mk.



**Besser hören**  
können alle  
**Schwerhörigen**  
mit dem  
Original Akustik-Apparat  
der Deutschen Akustik-Gesellschaft  
Berlin.  
Alleinige Vertretung für Lübeck  
und Umgegend:  
**J. A. C. Dettmann,**  
Optiker und Bandagist  
Königstr. 84-86, Wahnstr. 20

**Universal - Waschpasta**  
gewürdigt vom R. A. St. Nr. 50.  
Wahrmahn, vorzüglich schäumend,  
Lederfett, Schuhcreme, Carbolium  
in hervorragenden Qualitäten prompt lieferbar.  
Schnelle Portiefer gesucht.  
3600 **C. Hauschild, Altenburg S.M.**

Zu verkaufen ein großer Posten leerer  
**Marmeladeneimer,  
Kübel und Kisten.**  
Konsumverein, Hauptlager,  
Hanjstraße 160.  
3620

**Die Nacktheit.** [Z  
Besonders freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und  
Schwänke. 20 Karten Mk. 3.-, 100 Karten Mk. 12.50.  
Schnellste, interessante Bücherliste 20 Bfg. Vorbestel-  
lung über Buchhandlung G. Fischer, Berlin-Halensee, Her-  
manns-Platz 4. Postfach 52040, Berlin. (3629)

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und  
Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Lübeck.**

**Öffentliche Versammlung**  
am Mittwoch, dem 18. Juni, abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52,  
kleiner Saal,  
für alle in Wäsche-Plättereien be-  
schäftigten Arbeiterinnen.

Tagesordnung:  
Besprechung über Einführung eines einheit-  
lichen Lohnsarfs. Referent Libing-Hamburg.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (3609)  
**Die Ortsverwaltung.**

Landeskriegerverband  
Lübeck.

**Wohltätigkeits-Lotterie**  
Durch unglückliche Umstände hat  
sich der Beginn des Verkaufs der  
Loose verzögert. Die Ziehung  
findet daher erst  
**Montag, den 23. Juni**  
statt. Die Hauptgewinne sind  
im Laden Haus Freyholz,  
Breitestraße 53, ausgestellt, wo-  
selbst auch Loose zu haben sind.  
Bestätigung ohne Kaufzwang  
von Loose gern gestattet.  
3604) **Der Vorstand.**

**Prima-Wechsel**  
in Block  
**Friedr. Meyer & Co.** (3625)

Deutscher  
**Metallarbeiter-Verband**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**  
der  
**Bautlempner**  
am Dienstag, dem 17. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Wichtige Besprechung.  
3628) **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Fabrik-  
arbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Versammlung**  
am Dienstag, dem 17. Juni  
abends 8 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag über: Arbeitslohn  
und Lebensmittelpreise.  
Referent: Heinz Radde.  
2. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen er-  
wartet (3637) **Der Vorstand.**

Deutscher  
**Transportarbeiter - Verb.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung**  
der  
**Roll- und Blod-  
wagenträger**  
am Dienstag, dem 17. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
Bericht der Lokalkommission.  
Das Erscheinen sämtlicher  
Kollegen ist dringend notwendig.  
3628) **Die Ortsverwaltung.**



## Parteitag der deutschen Sozialdemokraten

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten“.

### 4. Verhandlungstag.

Weimar, den 13. Juni 1919.

Vorsitzender Schulz bittet zur Abstimmung über die zum Vorstandsbereich gestellten Anträge allgemeiner politischer Natur zu schließen. — Baher-Mischendorf beantragt, Vorbereitungen zur Tagung des Parteitages auch nach Ende dieser Woche zu treffen. — Emmel-Apolda will den Parteitag nicht schließen, selbst wenn er am Sonnabend mit seinen Arbeiten fertig wird. Wir müssen dann noch die etwa notwendige Volksabstimmung über den Frieden vorbereiten. — Vorj. Schulz bittet, darüber am Schluß des Parteitages erst zu entscheiden. (Beifall.)

### Einigungsantrag Braun

wird absehweise abgelehnt. Er wird gegen kleine Minderheiten angenommen.

### Der Antrag lautet:

„Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands. Die Fortdauer der Parteispaltung, die den kampfwilligen Kampf der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Machenschaften. Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuführen, wenden sich die Vertreter der U. S. P. und der K. P. D. gegen die Grundzüge der Demokratie. Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch dann nur für kurze Zeit — aufrecht zu erhaltenden Diktatur einer Minderheit ab. Der Parteitag erklärt seine Beziehtung in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf Grundlage des Erfurter Programmes zu treten, sobald die U. S. P. die Grundzüge der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinshaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundzüge stehenden K. P. D. aufgegeben haben wird. Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.“

Emmel-Apolda wünscht noch Abstimmung über den Antrag auf Einigung einer besonderen Verhandlungskommission. — Vorj. Schulz: Wenn zentral verhandelt werden soll, kann das nur durch den Parteivorstand geschehen. (Beif. Widerspruch bei der Minderheit.) — Hermann Müller: Die Verhandlungskommission müßte jedenfalls der fünftägige Parteivorstand sein, denn wenn er bei den politischen entscheidenden Fragen nicht einmal mitreden darf. — Der Antrag auf Einigung einer besonderen Einigungskommission wird mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. — Der Antrag auf rasche Demokratisierung wird einstimmig angenommen. — Die Mißtrauensvoten gegen die Genossen im Parteivorstand oder in der Regierung werden zurückgenommen.

### Zur Frage der

### Freiwilligenkorps

wird der Antrag Krüger-Boisdam einstimmig angenommen mit einem Zusatzantrag, der fordert, daß der Belagerungszustand nur verhängt und Truppen erst dann eingesetzt werden, wenn die Parteiorganisation vorher gehört ist, und daß den Befehlshabern in den zeitweilig besetzten Orten Genossen aus Parteistreifen beigegeben würden. Der Antrag Krüger lautet:

„Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unerschuldig sind, weil zu wenig Arbeiter in diese Korps eintreten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten. Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fern zu halten. Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einfluß unterliegen, so ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedslose Herabsetzung und die Boykottierung der Freiwilligenkorps, wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtfertigkeit. Der

Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligenkorps in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdacht gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligenkorps werden vom Parteitag entschieden verurteilt. Deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitestgehende Demokratisierung des Offizierkorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.“

Alle übrigen Anträge hierzu werden abgelehnt, ebenso gegen wenige Stimmen der Antrag, auf den Rücktritt von Noske. Angenommen wird eine Resolution für völlige Rede- und Pressefreiheit im ganzen Reich, abgelehnt ein Antrag auf unbedingte Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Debatte wendet sich dann den Anträgen zu, die

### Agitation und Organisation

betreffen (Presse, Bildungsarbeit, Frauenfrage, Programmrevision).

Braun-Nürnberg: Unter 4-5000 bestehenden Zeitungen haben wir noch nicht hundert sozialdemokratische Zeitungen. Wir haben viel zu wenig Redakteure, deren Bezahlung jämmerlich ist. Der Nachrichtenendienst der Partei muß ausgebaut werden. Wir arbeiten mit dem schlechtesten Handwerkzeug am Telefon, an der Schreibmaschine usw. Der Parteivorstand sollte den Nachrichtenendienst unter Ausschaltung der bürgerlichen Presse und aller privaten Interessen neu organisieren. — Gehrmann-Hamburg: Braun übertrifft. Nur die leitenden Redakteure stehen schlechter als bei der bürgerlichen Presse. In der leidigen Papierfrage sollten die Genossen in der Regierung uns endlich zu unserem Rechte verhelfen.

Sellmann-Hamburg bespricht die Aufgaben der sozialistischen Lehrer im neuen Staate. — Frau Suchacz (Parteivorstand) hebt die Notwendigkeit einer Ausgestaltung der sozialistischen Presse hervor. Die „Gleichheit“ wird eine Beilage unter dem Namen „Frauen-Kulturzeitung“ erhalten. — Ruben-Essen lacht dem Mißtrauen gegen die neugewonnenen Mademiler entgegenzuwirken. — In der weiteren Aussprache wünscht die Mehrheit der Redner die Organisation der Jugend auf das Alter von 14-18 Jahren beschränkt zu sehen. Ältere jugendliche Mitglieder gehören in die Parteioorganisationen. Weiter wird die Schaffung eines Anzeigenmonopols im Interesse der Gesundheitspflege der Presseverbände, aber auch im Interesse der Reichsfinanzen gefordert. — Der Antrag Schulz auf Förderung des Bildungswesens gelangt einstimmig zur Annahme. Alle arbeitsfähigen Anträge werden für erledigt erklärt. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Schulz auf Verlegung der Jugendorganisation, wobei die Frage, bis zu welchem Alter sich die Sonderorganisation der Jugend erstrecken soll, bis zur Beratung des neuen Organisationsentwurfes zurückgestellt wird. Ein Antrag Hamburg auf Schaffung alkoholfreier Jugendheime, von Beschulen in Schulen, Erziehung von Jugendherbergen und auf Bekämpfung des Kinowahns findet Annahme. Ebenso ein Antrag auf verstärkten sozialpolitischen Schutz der Jugend, und ein weiterer Antrag auf Entmilitarisierung des gesamten Kadettenkorps. — In einem angenommenen Antrage wird die Partei verpflichtet, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiter nach Kräften zu fördern. Die Anträge auf Einsetzung eines Ausschusses zur Programmrevision und eines Ausschusses zur Vorbereitung eines sozialdemokratischen Agrarprogrammes werden dem Parteivorstande überwiesen, ebenso sämtliche Anträge auf Förderung der sozialdemokratischen Presse.

### Es folgt der

### Bericht der Organisationskommission.

Rönig-Dortmund: Seit Dezember haben wir keine wesentlichen Änderungen am Statut vorgenommen. Den gewaltigen Umwälzungen seit jener Zeit muß endlich Rechnung getragen werden. Wir müssen unseren Parteikörper durch eine umfassende Reorganisation den neuen Verhältnissen anpassen. Dazu wollen wir unser Parteistatut nicht neu bauen, sondern umbauen, indem wir das Bewährte halten. Die Organisation ist nach der Revolution gewaltig in die Breite gegangen, jetzt soll sie so gestaltet werden, daß die Masse der Arbeiter auch gut ausgebildet wird. Im § 1 wäre die Frage eines Eintrittsalters mit 18 Jahren zu regeln. Wir haben sie offen gelassen, nehmen aber an, daß im allgemeinen die Jugendlichen vom 17. Lebensjahre an auf die Pflichten hingewiesen werden sollen, sich der Organisation anzuschließen. Die wichtigste Änderung des Statuts ist bei der Gliederung der Organisation erfolgt. Die Wahlkreise waren etwas historisch gegebenes, aber

nicht mehr zweckmäßig. Die Grundlage der Organisation wird jetzt der Bezirksverband, der vom Parteivorstand noch politisch abgegrenzt werden soll. Darin kommt der Zentralisationsgedanke zum Ausdruck. Der Bezirksverband soll die Einheit im Wollen und Handeln sichern, einheitliches Material, Bücher, Listen und Abrechnung herbeiführen. In ihm liegt das Schwergewicht bei Agitation und Wahlen, bei ihm die Verteilung des Agitationsmaterials und der finanzielle Ausgleich. Daß die Wahlkreiseinteilung der verflochtenen Nationalversammlung mit ihren Wahlkreisen über zwei und unter einer Million Einwohnern bestehen bleibt, ist unwahrscheinlich. Jedenfalls können wir uns nicht darauf festlegen. Der Landesverband Preußen hat mit der Erreichung des preussischen gleichen Wahlrechts seinen Zweck erfüllt. In Württemberg und Baden ist das Land identisch mit dem Bezirk. Sachsen hat bereits seine Landesorganisation aufgegeben. Auch Bayern wird darauf verzichten müssen, da die Bezirke das Recht erhalten werden, zu Landesversammlungen zusammenzutreten. Jedenfalls muß in der Parteioorganisation die Einheitsgedanke der Republik verwirklicht werden. In den Bezirken müssen Unterbezirke nach Bedarf und Zweckmäßigkeit eingerichtet werden. Sie werden in Zukunft ganz andere Aufgaben haben als bisher. Der tatsächlich errungene Einfluß der Partei auf Gemeinde und Kreis wird in einer viel stärkeren Behandlung kommunaler Fragen seinen Ausdruck finden. Die Ortsvereine sollen mit den Bezirken direkt verkehren. Was die Verteilung der Einnahmen anlangt, so verlangt der Parteivorstand mit Recht einen höheren Prozentsatz. Etwa 20 Prozent werden am Orte bleiben und etwa 25 Prozent nach Berlin abzuführen sein. Ueber den ganzen Rest verfügen die Bezirke. Innerhalb der Ortsvereine können Bezirke, Sektionen oder dergleichen gebildet werden, aber vor allem kritisch nicht als besondere Agitationsabteilung einzelner Berufsgruppen. Das System der Fabrik- und Werkstattvertreuerensekteure ist in die Organisation einzugliedern. Sie sollen werden, organisieren und die Partei in steter unmittelbarer Fühlung mit den Genossen im Betrieb halten. Doppelmitgliedern sollen unzulässig sein. Der Beitrag soll grundsätzlich wöchentlich erhoben werden und für männliche Mitglieder 20 Pfg., für weibliche 15 Pfg. betragen. 125 Wahlkreise erheben bereits jetzt diesen Beitrag für die männlichen Mitglieder, 102 Wahlkreise für die weiblichen. Das Ortsbeitragsgeld von 50 Pfg. verbleibt den Bezirken. Invaliden, Jugendlichen und Kriegsbekämpften usw. können auf ihren Antrag vom Bezirk Erlaß oder Herabsetzung der Parteibeiträge erlangen. Zur Deckung der Ausgaben der Zentrale für die Presse sollen die Parteibeiträge 20 Prozent ihrer Überschüsse an den Vorstand abliefern. Der Parteitag darf nicht wesentlich mehr als 400 Delegierte haben, sonst vermag er nicht mehr praktisch zu arbeiten. Wir rechnen mit einer wachsenden Organisation und mit einer automatischen Vermehrung der Delegiertenzahl. Nach diesem Gesichtspunkt haben wir unseren Standpunkt gefaßt. Nachträglich gestrichen wird von dem Entwurf die Bestimmung, daß kein Bezirk mehr als zwölf Delegierte haben darf. Die Zahl der Delegierten ist jetzt nach oben abgegrenzt. Die Reichstagsaktion ist nicht mehr wie früher die Trägerin der ganzen Bewegung; es wird deshalb genügen, daß sie ein Fünftel ihrer Mitglieder zum Parteitag delegiert. Hingegen sollen die Parteiausführenden zum Parteitag zugelassen werden. Sie sind es, die in agitatorischen und hochpolitischen Fragen die Tätigkeit und Haltung des Parteivorstandes entscheidend beeinflussen. Dringend abzurufen ist von uns ein besonderer Frauenbeitrag. Wir können grundsätzlich keinen Unterschied mehr zwischen Frauen und Männern machen. Je mehr tüchtige Frauen wir haben, um so mehr führende Stellen und auch Plätze im Parteiausführungs werden sie einnehmen. In Bezirken mit mehr als 10000 weiblichen Mitgliedern soll eine Frau zum Parteiausführungs entsandt werden. Der Parteivorstand soll bestehen aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassieren und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Sekretären und beschließenden Beisitzern. Der Parteitag wird hierüber jeweils entscheiden müssen. In dieser Weise hat die Reorganisationskommission geglaubt, den Anregungen und Anträgen Rechnung zu tragen. Eine geschlossene Organisation wird immer die Energiequelle der sozialistischen Bewegung sein. Hoffentlich gelingt es unserer Parteioorganisation, das ganze Parteileben kraftvoll zusammenzufassen und wirksam vorwärts zu bringen, damit die Partei in Geschlossenheit und Einheit die große Aufgabe erfüllen kann, welche die Gegenwart ihr mehr als jede frühere Zeit stellt. Hiermit tritt die Mittagspause ein.

### Ergebnis der Vorstandswahlen:

Es haben Stimmen erhalten als Vorsitzender: Hermann Müller 373, Otto Wels 291; als Kassierer: Bartels 374,

## Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus  
von Fr. Rigel-Mainz.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Bald rot, bald blaß werdend, hatte Gottfried Lamprecht den Worten des mackerlichen Pfarrers gelauscht. Jetzt erhob er sich wieder von seinem Stuhl, ging mit wichtigen Schritten mehrmals in der Stube auf und ab und blieb dann vor dem Stuhle seines Besuchers stehen.“

„Herr Pfarrer,“ begann er mit bebender Stimme, „was Sie mir do gesagt habe, ist alles ganz schön, und gewiß meine Sie gut! Aber, Herr Pfarrer, nimm Sie mirs nit übel — Sie rebe wie der Blinde von der Farb! Sie sehe unser Unglück mit fremde Wage an — Sie fühle nit selbst mit, wies am zumut ist, wenn mer des, woran am im Lebe des Herz am meiste hängt, uff amol verliert — uff amol aus freiem Wille verliere muß, will mer noch e klaa bißje Respekt vor sich selbst habe! Was Sie do gesagt habe, daß e Mädche sich unner Umständen vergesse kann, des is mir zu neimodisch — des will in mein alte Kopp nit mehr hinein! Denn wo, Herr Pfarrer, is do die Grenz zu ziehe, wie weit sich e Mädche mit eme Borsch einlasse da? Wo is der Anfang un des End von der „freie Willensbestimmung“ — is habe Sie jo, wenn mirs recht is, gesagt? — E jed hätt dann e Hintertürche, wor sich hertuszurede, un der Wiederlichkeit wär Tür un Tor geöffnet! Na, Herr Pfarrer, is gehör noch zu de Ate! Us eht Kassauer Bauer denke ich, wie mein Vatter, mein Großvatter un wie all die, wo vor mir do warn, gedocht habe: des höchste Gut for e Mädche is sei Ehr! Werfts die eweg, dann gibts faa Gemeinshaft mehr mit mir! Wöge se in der Stadt un in de sogenannte gebildete Kreise annersticht denke — möge se die Kinner schun in der Schul, wie sie nenne, fernell anfläre — möge sie un jed Schand von eme Mädche e Müntelche hänge, daß mer faa Mädelche mehr sieht — mir Bauern in unsere Berg sein noch vom alte Schlag — was neimodisch is ober modern, des wöge wir nit un wolles nit wisse — bei uns haagts noch wie in der Bibel: Wenn dich bei Naag oder bei Hand ärgert, dann werf sie von dir!“

Er hatte zuletzt mit erhöhter Stimme gesprochen und seine mächtige Gestalt hoch auferichtet — ein lebender Protest gegen alles, was nicht mit seinen von den Ältesten vererbten Anschauungen übereinstimmte. Leise weinend sah Frau Christiane in einem Winkel der Stube — mügte sie doch wahrnehmen, daß auch die Intervention des von ihrem Manne so hochgeschätzten Herrn Pfarrers es nicht vermochte, den starken Sinn des Bauern umzustimmen. Mit einem leichten Schatten von Unwillen auf dem edlen Gesichte hatte sich der Pfarrer erhoben, trat auf den

Haushern zu und sagte mit herzlich bittender Stimme: „Bieber Freund, wollten wir das Für und Wider erwägen und uns gegenseitig zu überzeugen suchen — wir würden in aller Ewigkeit nicht mit unferer Unterbrechung zu Ende kommen. Lassen Sie sich nur noch eines fagen. Bedenken Sie, das Menschenleben ist kurz — nur noch eine bestimmte Reihe von Jahren dauert es, dann wird man Sie mit all Ihrem Stolz und all Ihrer Charakterfestigkeit in die Grube legen und von Ihrem verklärten Geist wird nach unserem Glauben vor Gottes Thron Rechenschaft über Ihr Tun und Lassen gefordert werden! Glauben Sie, daß vor dem Allgütigen Ihr von den Voreltern ererbter Stolz, die Ihnen von denselben eingemoffte strenge Anschauungsweise über Recht und Sitte, als Entschuldigung für die Erdarmungslosigkeit dienen wird, die Sie an den Tag legen? Bedenken Sie: es ist Ihr Kind, Ihr eigenes Fleisch und Blut, das mit verzweifelter Seele nach der Verzeihung des Vaters schreit — nach Wiedervereinigung mit dem, den es kindlich liebt!“

„Aber, was die Rechte ausstreckend, unterbrach ihn der Bauer: „Nemme Sies mit for ungut, Herr Parrer, aber des sinn schöne Worte, an die ich nit mehr glaabe kann! Des is es jo grad, was mir des Herz fast gebrode hot — was mich un meig tut Frau un de unglücklichste Mensch uff Gottes Erdboden gemacht hot. Hätt des Mädche sei Eltern werlich lieb gehabt, dann hättts sei fünf gesunde Sime, die ihm unfer Herrgott gebe hot, zusammengehalte — dann hättts nit die Schand uff den Name Lamprecht gekrocht, denn wisse mußt un hots gewußt, daß mei Herz nit tiefer gekränkelt kann wern, als durch des, was es uns angeton hot! Mit der Lieb, Herr Parrer, is es nit — an die kann ich, noch dem, was vorgeange is, in alle Ewigkeit nit mehr glaabe! — Unfer Herrgott weards gnädig mache mit mir noch meiner letzte Stund — denn wie er selbst mich geschaffe hot, annersticht kann ich mich nit mache!“

Dann kann ich nur noch den lieben Gott bitten, daß er Ihnen den rechten Weg zeigt — ich vermag es nicht!“ sagte der Pfarrer. „Nur eins rufe ich Ihnen noch zu: Denken Sie an die Bitte, mit der Sie jeden Abend dem Herrgott im Gebete nahen: Vergeb uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern! Lehen Sie wohl!“

Noch einen herzlichen Händedruck mit dem Ehepaare wechselnd, ging der Pfarrer nach der Tür. Stumm geleitete ihn Gottfried Lamprecht auf den Vorplatz, öffnete mit ehrfurchtsvoller Verbeugung die Haustür und ließ den Besucher auf die Straße treten; denn kam er wieder in das Zimmer zurück. Seine festen Füße ließen einen grubelnden Zug erkennen, als er sich wieder in seinem Sessel niederließ und mechanisch nach dem vordra weggelegten Reihensblatt griff. Diese Sitte herrschte in dem von dem frühen Tageslicht nur matt erhellten Raum, den auch Frau Christiane nach dem Hinausgehen des Geistlichen verlassen hatte.

wohl um in einjamer Kammer dem Schmerz über die wieder geständete Hoffnung ungeführt nachzugehen. Das einförmige Tiden der Uhr, das leise Rieseln der Tropfen draußen, das vom Kachelofen kommende brumrende Geräusch der Feuerung, die Sonntagstille in Haus und Hof schufen bei dem vor sich hinfließenden Manne so recht die Stimmung, über das Geschehene nachzudenken und die von dem Geistlichen gehörten mahnenden Worte nochmals genau zu überlegen. Manchmal schien es, als wenn sich auf dem harten Gesichte weiche Regungen der Seele widerspiegeln, daß wurden dieselben sofort wieder durch ein härteres Zusammenziehen der dichten Augenbrauen verdrängt und, wie sich gegen eine innere Stimme wehrend, murmelte der Sinnende, indem er die geballte Faust auf den Tisch legte:

„Nur hart bleibe un sich nit er mache losse!“ Ein leises Klopfen an der Tür unterbrach das Selbstgespräch des einsamen Mannes und auf das mit fester Stimme gerufene „Herein!“ trat ein noch junger Mensch in einjamer Sonntagsgang, anscheinend ein Knecht oder Arbeiter, in die Stube. Für den unbefangenen Beobachter hatte die Erscheinung etwas entschieden unangenehm Berührendes. Auf einem gedrungenen Körper mit breiten Schultern und einem wahren Stiermaad, erhob sich ein schmaler abgeflachter Kopf mit aufrecht stehendem, horstigem Haarwuchs und weit abstehenden Ohren. Die stark vorspringenden Backenknochen, die tief liegenden hellgrauen Augen, die unter den fast an der Nasenwurzel zusammengewachsenen Brauen stehend hervorblickten, erhöhten den unympathischen Eindruck, den der Mensch im ersten Augenblicke machte. Unwillkürlich mußte man denken, daß so etwa ein schwerer Verbrecher aussehen könne.

Der Hausherr maß den Eingetretenen mit finsternen Blicken und fragte barsch: „No, was solls, Balzer?“

„Ich kume noch emol, Herr Lamprecht, von wege — weil Sie mit uff Oßern uffgejaht habe!“ stotterte der Bursche mit niedergeschlagenen Augen.

„Do wüßt ich nit warum!“ erwiderte der Bauer. „Ich hab doch beisch gered! Bis uff Oßern is dei Zeit erum, do beist faa Maus faa Fadern ab!“

„Ich hab gemänt, de Herr Lamprecht kumt noch emol e Tag zubräde un kumts noch emol mit mir promiere, wo ich doch kum so lang im Haus bin un noch immer mei Arbeit getan hab, wies recht is?“

„Ich waag gar nit, wie du mir vorkommst, Balzer? Er Knecht, der mit der Waid in eme ehrlüche Haus Gehängel anfängt un des Mädche in die Schand bringt, maant, is tär e Wag zubräde? Daß du bei Arbeit getan hast, wies recht is — des is doch nit Ertraes! Hab ich dich vielkelt mit deßer bezacht?“

Fortsetzung folgt.



Otto Braun 361; als Beisitzer: Scheidemann 352, Moltenbutz 372, Pfannkuch 369, Heitz Schulz 347, Frau Buchacz 371, Ritter 372, Otto Frank 369, Frau Ryne 368. Eine größere Anzahl von Stimmen sind zerstreut. In die Kontrollkommission sind gewählt: Brühne mit 311, Weg 296, Fischer-Stuttgart 318, Grünwald-Hamburg 310, Hengsbach 309, Loebe 315, Müller 301, Pinkau 294, Frau Grünberg 262 Stimmen.

**Berichtigung.**

In dem Bericht über die Rede von Otto Braun vom 12. Juni muß es heißen: Wie kann man die östlichen Teile unseres Landes den Polen auf Grund des historischen Rechtes von 1772 zusprechen, obwohl diese Gebiete, wie Oberschlesien, Masuren, Pommern und Memel 1772 nicht zu Polen und seitdem niemals zu Polen gehört haben?

**Nachmittagsführung.**

In der Aussprache über den neuen Organisationsentwurf werden eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen. So werden die Wünsche, die Sonderorganisation der Jugendlichen zu beschränken auf die Zeit vom 14. bis zum 18. Lebensjahr wiederholt. Hiergegen wenden sich Vertreter der Jugendorganisation selbst, die den dringenden Wunsch ausdrücken, die Jugendorganisation für Mitglieder bis zum 20. Lebensjahre gelten zu lassen. Sie werfen dem Parteitag vor, Beschlüsse zu fassen, die im Widerspruch ständen zu den Beschlüssen der Jugendorganisation selbst und sich in einer wichtigen Frage in einen Gegensatz zu setzen zu der Jugend. Ledigen = Friert fordert die Errichtung eines sozialdemokratischen Bauernvereins, der über die Verteilung der für die Befreiung notwendigen Geräte, und zwar nach gerechteren Grundregeln als es heute vielfach geschieht, bestimmt. Der Redner übernimmt sodann dem Parteitag die Grüße der Genossen aus dem besetzten Gebiet und bittet um tatkräftige Unterstützung in der Abweisung aller Loslösungsbestrebungen der Zentrumsfraktion. Alle wollen, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben. Wir wollen bei Deutschland bleiben für alle Zeiten.

Grün = Graubenz warnt vor einer zu starken Erhöhung der Beiträge, die in den ländlichen Bezirken sich als ein Hindernis gegen die Gewinnung neuer Mitglieder erweisen könnte, und verzichtet im Anschluß an die letzten Worte des Vorredners, daß auch Westpreußen unter allen Umständen beim Reich verbleiben wolle. (Lebhafte Beifall.) Westpreußen weiß, was ihm blüht, wenn es unter polnischer Herrschaft käme. Deshalb helfen auch die westpreussischen Sozialdemokraten am Reich fest und bitten die Partei um Unterstützung in diesem schweren Kampfe. Sollten aber einige westpreussische Bezirke gleichwohl an Polen fallen, so werden sich die Genossen in diesen Bezirken auch weiterhin als Deutsche fühlen und bitten, ihnen die materielle und moralische Unterstützung auch fernerhin zuteil werden zu lassen. Vorsitzender Lobe: Diese Ausführungen gehören nicht zur Sache, aber ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil leider die Gefahr besteht, daß die Genossen aus Westpreußen das letzte Mal bei uns sind. Sollten sie uns entzogen werden, so hoffe ich, daß sie bald wieder zurückkehren.

Genossin Ge = Frankfurt a. M. begründet den Antrag, einen besonderen Parteiauschuß der Frauen einzusetzen. Wir haben 21 Millionen weibliche Wähler und nur 207 000 weibliche Parteimitglieder. Wir wollen die gleichen Beiträge bezahlen und die gleichen

gleichen Pflichten erfüllen; aber wir brauchen zur Agitation einen Frauenbeirat über das ganze Reich, in dem alle Bezirke vertreten sind. Dieser Beirat soll nur Frauenangelegenheiten erörtern, für die der Parteiauschuß gar keine Zeit hat. Er soll sich zum Beispiel mit der Besetzung der Frauen-Komitee in den Kreisen beschäftigen, damit dort einmal Parteigenossinnen mitarbeiten können. Wir müssen alles tun, um die Frauenbewegung planmäßig zu fördern.

Uebele = Karlsruhe: Wir begrüßen die straffe Zentralfaktion und den Einheitsbeitrag. Besondere Nebenorganisationen der Frauen und der erwachsenen Jugendlichen können wir nicht brauchen. Die Anträge, innerhalb der Partei die Verhältniswahl einzuführen, bitte ich abzulehnen. Das würde das Durcheinander- und Gegeneinanderarbeiten in der Partei nur vermehren und nur noch mehr Zersplitterung auch von innen heraus in die Arbeiter-schaft tragen. Die Jugendlichen gehören mindestens vom 18. Lebensjahre an in den Parteivorstand.

Genossin Kähler = Berlin: Der Frauenbeirat ist sicher kein Mittelmittel für die Frauenbewegung. Ohne Zweifel brauchen wir mehr tüchtige und geschulte Frauen als früher, auch für den Kampf nach links. Dazu aber müssen Frauen in die leitenden Körperlichkeiten selbst hinein. Die Anstellung und Schulung von Frauen sollten die Bezirksvorstände planmäßig organisieren und der Parteivorstand sollte sie nötigenfalls finanziell unterstützen. Die Frauen sollen doch nicht technische Hilfskräfte sein, sondern die Frauenorganisation und Agitation betreiben. Wir dürfen auch in der Frauenbewegung nicht bloß in die Breite gehen. Vorwärts bringt uns nicht das Strohfeuer öffentlicher Versammlungen, sondern Fleißarbeit unter den Frauen in jeder Form.

Eng = Barmer: Die Jugendlichen über 17 Jahre sind politisch lebhaft interessiert. Ziehen wir sie nicht in die Parteiorganisation, dann bekommen wir eine jungsozialistische Bewegung. Die Anträge auf Verhältniswahl innerhalb der Partei sind einfach ver-rückt. (Heiterkeit und sehr gut!)

Nachdem Frau Hoppe = Berlin sich für die Genossin Kähler ausgesprochen hat, wird mit überwältigender Mehrheit ein Schluß-antrag angenommen. Das Schlußwort bekommt

König = Dortmund: Die Wochenbeiträge sollen möglichst überall eingeführt werden. Für eine kurze Uebergangszeit können die Monatsbeiträge aus zwingenden Gründen beibehalten werden. Die Festsetzung gleicher Beiträge für männliche und weibliche Mitglieder ist das Ziel, heute aber noch verfrüht. Die Verhältnis-wahlanträge sind schon tot. Ueber die Zahlengrenze im Statut läßt sich immer streiten, aber ich sehe keinen Grund, von unseren Vorschlägen abzuweichen.

Es folgt die Abstimmung über die zahllosen Anträge. Vorher werden die Vorschläge der Organisations-kommission angenommen. Abweichend davon wird nur bestimmt, daß in rheinländischen Bezirken der Bezirksverband 15 Bfg. Wochenbeitrag für Männer und 10 Bfg. für Frauen zu-gelassen hat. Auch die Mitglieder der Jugendorganisation können ermäßigten Beiträge zahlen. Zur Einberufung eines außerordent-lichen Parteitagess soll nicht einstimmiger Beschluß des Parteivor-standes oder der Kontrollkommission erforderlich sein, sondern nur Dreiviertelmehrheit. Unter den Beisitzern im Vorstand sollen min-destens zwei Frauen sein. Parteiorganisationen mit mehr als 10 000 weiblichen Mitgliedern dürfen eine Frau in den Parteiaus-schuß senden. Der Jugendorganisation gehören die Jugendlichen bis zum achtzehnten Jahre an, dann der Parteiorganisation.

Es liegt noch ein Antrag vor: Zur Partei kann nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei

als Mitglied angehört oder sie moralisch unter-stützt. Der erste Teil des Antrages wird einstimmig, der zweite Teil gegen eine Stimme (Hoch) angenommen. Ueber den drit-ten Teil (moralische Unterstützung) wird mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Bromme = Lübeck macht dabei darauf aufmerksam, daß der alte Genosse Schwarz-Lübeck zwar der Fraktion der Unabhängigen angehört, aber immer noch Parteimitglied sei und bleiben müsse. In der Gesamtabstimmung wird das neue Sta-tute einstimmig angenommen.

**Wirtschaftliches.**

**Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen.**  
Das neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, sichert außer der Lieferung von 12 000 Tonnen linksrheinischer Braunkohle auch monatlich 50 000 Tonnen Ruhrkohle zu. Die Schweiz wird 50 Wagen Wilderzeugnisse, 25 Wagen Reis, 15 Wagen Schokolade und Kakaoöl, 70 Wagen Obst und andere Konfitüren (Fleischkonfitüren ausgeschlossen), sowie 5000 Stück Rindvieh, 2500 Ziegen liefern. Die beiden letzten Lieferungen erstrecken sich auf die ganze Lieferungszeit.

**Aus Nah und Fern.**

**Kinder als Scharfrichter.** Der mit Holzladen beschäftigte neunjährige Sohn des Schuhmachers Steschulat in Königsberg i. Pr. rief dem in der Nähe spielenden vierjährigen Major zu, er solle auf den Holzstoß seinen Kopf legen. Der an einen Scharf-denkende Junge tat das auch, und nun spaltete der Junge dem Spielkameraden mit einem Axtstich den Hinterkopf, so daß das Gehirn freigelegt wurde. Der sehr schwer Verletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht. Es ist keine Hoffnung, daß er am Leben bleibt.

**Gefährliche Schießübungen** veranstalteten auf dem Truppen-lagerplatz in Darmstadt die Franzosen. Ein Artilleriegeschöß lag in die Stadt und beschädigte ein Haus. Ebenso flogen die Geschosse in unmittelbarer Nähe der Stadt nieder. Die heftige Regierung hat Beschwerde eingelegt.

**Sechs Mark für ein Pfund Rirschen.** Dieser Rekordpreis ist jetzt von allen Freunden der Werberschen Rirschen in Berlin zu erlegen. Die Rirschen sind soeben auf den Markt gekommen, aber nur für Käufer mit ausgefüllten Börse zu haben. — Und bei solchem niederträchtigen Wucher wundert sich die Gesellschaft, wenn bei den Enterten der Geduldfaden reißt.

**„Whisky-Puppen“.** Ein Galanteriewarenhändler aus Malmö und seine Frau versuchten unmittelbar vor Abgang des Malmö-Dampfers aus Kopenhagen 200 Puppen durch den Zoll zu schaffen. Die Zollbeamten schöpften Verdacht, und als sie die Puppen näher untersuchten, zeigte es sich, daß sie kleine Flaschen mit Whisky enthielten.

**Diamanten in der Blutwurst.** Beim Verschleiben von Vermögen nach der Schweiz wurde ein Genauer Kaufmann abgefahrt, dessen Frau in der Schweiz weilt. Der Genannte unternahm eine Besuchsreise nach der Schweiz. Beim Passieren der Zollgrenze wurde in seinem Gepäck von der Zollbehörde eine Blutwurst vorgefunden, in deren Innern man beim Zerschneiden ein Vermögen in Dia-manten vorfand.

**Bekanntmachung.**

Alle diejenigen, die im Besitz von Gegenständen sind, welche den Eigentümern bei den heutigen Plünderungen abhanden kamen, werden aufgefordert, diese bis spätestens Dienstag abend, den 17. Juni, an die Kriminal-Polizei, Schlüsselbuden 16, abzuliefern.

Den Rückliefernden wird Straflosigkeit zugesichert.

Lübeck, den 14. Juni 1919. 3633

**Das Polizeiamt.**

**Bekanntmachung.**

Nachdem die Ziegelbrennerei im Bereich des IX. Armee-korps von der Kriegsamtsstelle Altona auf die Bezirkswohnungs-kommissionäre übergegangen ist, werden auf Grund der Bundesrats-bekanntmachung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 folgende Höchstpreise für Mauersteine und Ziegelsteine aller Art für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck vom 15. Juni 1919 ab festgelegt:

- I. **Por- und Hintermauerungsziegel, Kalksandsteine**
  - a) Normalformat . . . . . 132.—
  - b) Normalbildes Hamburger Format . . . . . 110.—
- II. **Verblendsteine**
  - a) Maschinenverblender einschließlich künstlich geräuchert . . . . . 30 % Zuschlag
  - b) Handstrichverblender . . . . . 50 % Zuschlagauf die Preise der Ziegelsteine entsprechender Formate.
- III. **Dachziegel**
  - a) Große Hohlpannen (15—16 Stück pro qm) . . . . . 302,50
  - b) mittlere (17—18) . . . . . 286.—
  - c) kleine (19—20) . . . . . 264.—
  - d) Wiberichwänze (45 Stück) . . . . . 192,50Die Preise gelten für unversappte Ware ab Ziegelei und zwar frei Schiff, Fuhr- oder Waggon. Bei Verpackung der Steine ist ein Zuschlag auf die Preise von Mk. 3.— für 10 Tons zu-lässig, ausgenommen für Por- und Hintermauerungsziegel.

In den vorstehenden Höchstpreisen ist ein Betrag von Mk. 5.— für je 1000 Steine enthalten, der jeitens des liefernden Wertes an den Verband der nordwestdeutschen Ziegel- und Kalksandstein-werke Hamburg, G. W., zur Unterstüzung der stillliegenden Werke beigetragen ist.

Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise gelten nicht für Wöhrschneide, das sind Steine, die schon einmal vermauert waren. Für die vor dem 15. April 1919 hergestellten Fabrikate gelten die am 1. April gültigen Höchstpreise als Höchstpreise ohne den Betrag von Mk. 5.—, d. h. für Steine des Normalformats Mk. 93.— für das Land.

Für die in der Zeit vom 15. April bis 15. Juni hergestellten Steine sind die von der Kriegsamtsstelle Altona für diese Zeit festgesetzten Höchstpreise einschließlich des Betrages von Mk. 5.— maßgebend. (Durch Bekanntmachung des Demobilisierungs-kommissars vom 30. April 1919 veröffentlicht.)

Bei der Veräußerung von Mauersteinen durch einen anderen als den Erzeuger darf ein Händlerzuschlag von höchstens 10 % der Höchstpreise berechnet werden. Der Kleinverkauf von Händler-lager von unter 500 Stück wird davon nicht berührt. Verkaufsv-vereinbarungen werden als Händler nicht angesehen. Ueberschreitungen der festgesetzten Höchstpreise werden mit Geldstrafe bis zu Mk. 10 000 bestraft.

Die Bekanntmachung des Staatskommissars für die wirt-schaftliche Demobilisierung vom 30. April 1919 wird hiermit außer Kraft gesetzt.

Lübeck, den 15. Juni 1919. 3636

**Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung**

**Ausgabe von amerikanischem Weizenmehl.**

In der laufenden Brotwoche, und zwar von Mittwoch, den 18. bis Freitag, den 20. Juni, werden auf Abschnitt O der „Sonder-karte zum Bezuge von Lebensmitteln“ wahlweise 250 Gramm 94%iges Weizenmehl zum Preise von 18 Pf. oder 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 1,20 Mk. ausgegeben. Selbstverpackter mit Brotgetreide haben hierauf keinen Anspruch.

Für die Abgabe des Mehles und die Einreichung der einge-nommenen Abschnitte durch die Mehlmändler gelten die bis-herigen Vorschriften.

Die Mehlmändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die aufgerufenen Abschnitte der Sonderkarte mit dem Ablauf der Brotwoche ihre Gültigkeit verlieren. Nach diesem Zeitpunkt darf Mehl auf diese Abschnitte demzufolge nicht mehr abgegeben werden. Zuwiderhandlungen sind gemäß § 80 der Reichsgetreide-or-dnung strafbar.

Lübeck, den 16. Juni 1919. 3605

**Das Landesverjüngungsamt.**

**Öffentliche Verdingung.**

Die Ausführung der Glaserarbeiten für den Neubau von 104 Kleinwohnungen an der Buselst- und Gernerstraße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind bis zu dem am

Montag, dem 23. Juni 1919, mittags 12 Uhr im Bauamt, Mühlendamm 10, statfindenden Verdingungstermin in verschlossenen, mit entsprechender Aufschrift versehenem Um-schlag an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnis und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreib-gebühren von dort bezogen werden. Zuschlagfrist 2 Wochen.

Lübeck, den 14. Juni 1919. 3639

**Das Bauamt, Abt. Hochbau.**

**Landesvorstand.**

Am 18. d. Mts. an kommen zur Verteilung für den Kopf der verjüngungsberechtigten Bevölkerung:

- a) 300 Gramm Grütze zum Preise von 0,44 Mk. das Pfund
- b) 125 Gramm Weizengetreide zum Preise von 0,48 Mk. das Pfund
- c) 200 Gramm Haferstroh zum Preise von 0,62 Mk. das Pfund
- d) 250 Gramm Hülsen zum Preise von 0,66 Mk. das Pfund
- e) 250 Gramm Käse zum Preise von 1,50 Mk. das Pfund.

Die Kaufleute haben die Zuweisung der Waren bei den Stadtmagistraten und Gemeindevorständen zu beantragen. Die Abgabe an die Verbraucher muß in die Butterverbrauchsbücher für verjüngungsberechtigte Personen mit Linte eingetragen werden. 3630

**Zwei tüchtige Räuchermeister**

gesucht für größere Fischräucherei. Angebote unter F. M. an die Expedition des Blattes erbeten. 3632

**Ein jahrelangstündiger Hilfsarbeiter**

soll bei dem Seemannsamt ein-gestellt werden. Die Bewerber müssen vor dem Arzte 4 Jahre zur See gefahren und den niederen Charakter der Schiff-belegung angehört haben. Näheres durch das Polizeiamt (Rauhergebäude, Aufgang 1), wozu auch die Bewerbungen schriftlich unter Verfüzung des Lebenslaufes zu richten sind. 3634

**Feuerbestattungen**

können wieder vorgenommen werden. 3612

**Die Friedhofsbehörde.**

Nach langer schwerer Krank-heit entschlief in der Nacht vom 13. Juni meine liebe Frau, meiner Kinder liebe Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

**Caroline Pistler, geb. Wulff**

im 54. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert von den Hinterbliebenen.

Lübeck, Feldstr. 10, 14. Juni 1919. Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 18. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorw. Friedhofes statt. 3692

Gesucht ordentliches sauberes Märgenmädel. 3616

Eine einfache Haushälterin gesucht. Rosenstraße 29, 1. St. 3635

**Ältere, erfahrene Person zur Leitung der Küche, sowie ein Hausmädchen gesucht.**

Gewerkschaftshaus, 3623

**Schuhmacher gesucht.**

Johs. Petersen, 3614

Gesucht 3. 1. Okt. große 2- oder 1. 3-Zimmer-Wohn., entl. Tauch. i. Nähe d. Drägerwerks. Ang. unt. P 4 an die Exped. 3634

**Konzerthaus Fünfhausen**

Dienstag, den 17. Juni: Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr. 3598

**Millionen Stiefel**

werden täglich mit

Frau sucht Beschäftigung gegen freie Wohnung. Angebote unt. A S a. d. Exped. 3638

Zu verk. 1 W. W. Stiefel, Gr. 28 Handharnische, Eckarberobe, billig. Dürrstr. 115, I. 3612

Ein Ein- und Liege-Wagen mit Gummireifen zu verkaufen. 3610

Serenad mit Gummifür 150 Mk. zu verkaufen. 3613

Serenad mit Gummifür zu verkaufen. 3615

2 Zugäuger zu verkaufen. 3614

Zu verkaufen ein Puppen-himmelsbett. 3610

Zu verk. Gummimantel, seid. Badschlüssen u. div. andere. 3618

Verloren am letzten Sonnabend Schlüsselferning m. zwei Schlüsseln. Abzug. Kundbureau. 3627

**Visitenkarten**

fertigt an Friedr. Meyer, Johannisstr. 46.

**Wo** kaufe ich jetzt noch gute und preiswerte Möbel auf Teilzahlung? Im Möbelhaus Kesten, Holstenstr. 17, I.



**Nigrin**